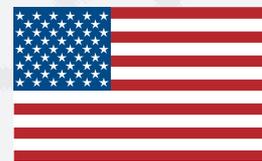


CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 35/2020 No. 9-12



abgeschlossen am
13. Februar 2021

	<u>Seite</u>
1. Zweites <i>Impeachment</i>-Verfahren gegen Donald Trump gescheitert	1
2. Viertes Corona-Hilfs- und Konjunkturpaket nach langem Tauziehen im Kongress Ende 2020 verabschiedet	4
3. Joe Biden erringt überzeugenden Sieg in den Präsidentschaftswahlen 2020	13
4. Demokraten verteidigen Mehrheit in den Wahlen zum Repräsentantenhaus	15
5. Demokraten gewinnen Kontrolle über den Senat zurück	20
6. Leichter Zugewinn der Republikaner bei den Gouverneurswahlen 2020	22
7. Die Biden-Administration: Führungspersonal mit vielen Vertrauten und ehemaligen Obama-Regierungsoffiziellen	25
8. Veto Donald Trumps gegen das Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2021 überstimmt	32
9. Auswärtiger Ausschuss im Senat legt umfassenden Bericht für eine zukünftige gemeinsame Chinapolitik mit Europa vor	36

Die Redaktion des *Congress Report* beendet ihre USA-Analysen nach 35 Jahren mit dieser Ausgabe.

1. Zweites *Impeachment*-Verfahren gegen Donald Trump gescheitert

Im Senat ist am 13. Februar 2021 das zweite Impeachment-Verfahren gegen Donald J. Trump mit 43 („not guilty“) zu 57 Stimmen („guilty“) gescheitert. Für die Amtsenthebung stimmten neben 48 Demokraten und 2 Unabhängigen lediglich sieben Republikaner*innen im Senat. Dies waren Richard Burr (R-North Carolina), Bill Cassidy (R-Louisiana), Susan Collins (R-Maine), Lisa Murkowski (R-Alaska), Mitt Romney (R-Utah), Ben Sasse (R-Nebraska) und Pat Toomey (R-Pennsylvania). 43 Mitglieder der republikanischen Fraktion, darunter auch *Minority Leader* Mitch McConnell (Kentucky) stimmten für „nicht schuldig“.

Das Repräsentantenhaus hatte am 13. Januar 2021 mit 232:197 Stimmen erneut ein Amtsenthebungsverfahren („Impeachment“) gegen den 45. Präsidenten der USA, Donald J. Trump, eingeleitet, dessen Amtszeit acht Tage später, am 20. Januar 2021, endete.

Donald Trump war damit der erste Präsident in der Geschichte der USA, der zweifach innerhalb einer Amtsperiode wegen Verletzung seines Amtseids aufgrund von „treason, bribery, and other high crimes and misdemeanors“ (Artikel II, Abschnitt 4 der amerikanischen Verfassung) angeklagt worden ist (vgl. Congress Report, Jahrgang 35, 2020 Heft 1-5, S. 9 ff.).

Die Resolution des Repräsentantenhauses war auf einen Anklagepunkt ausgerichtet und wirft Donald Trump „incitement of insurrection“ vor, die bewusste Aufhetzung eines Mobs gewaltbereiter Extremisten den Kongress zu stürmen, um die offizielle Auszählung der Stimmen des Electoral College, der Wahldeputierten der Einzelstaaten, und damit die Wahl von Joe Biden zum Präsidenten und Kamala Harris zur Vizepräsidentin zu verhindern (siehe www.congress.gov/bill/117th-congress/house-resolution/24/text).

Für die Amtsenthebung von Präsident Donald Trump stimmten alle Demokraten sowie 10 republikanische Abgeordnete im Repräsentantenhaus. Gegen die Resolution wendeten sich 197 Republikaner, 4 enthielten sich der Stimme. 10 Stimmen aus der Partei des Präsidenten für ein *Impeachment* mögen wenig erscheinen, sind aber die höchste Zahl in der Geschichte der Erhebung von Anklagen zur Amtsenthebung durch das U.S. *House of Representatives* in den USA.

Bemerkenswert war vor allem, dass die Abgeordnete Liz Cheney (Wyoming), die Tochter des früheren Vizepräsidenten Dick Cheney und Fraktionsvorsitzende der Republikaner, damit dritthöchste Person in der Rangfolge der Parteiführung im Repräsentantenhaus, sich gegen Trump stellte.

Cheney erklärte wörtlich: „The President of the United States summoned this mob, assembled the mob, and lit the flame of this attack. Everything that followed was his doing.“

None of this would have happened without the President“ (siehe <https://cheney.house.gov/2021/01/12/cheney-i-will-vote-to-impeach-the-president/>).

Für ihre klare Stellungnahme sowie ihre Stimmabgabe wurde Cheney aus den Reihen der republikanischen Fraktion und der Partei scharf kritisiert. Dennoch wurde sie in der Position der Fraktionsführerin mit etwas mehr als Zweidrittel der Stimmen bestätigt.

Hintergrund der Eskalation der Gewalt am 6. Januar 2021 war Ex-Präsident Trumps falsche Behauptung, dass in Wahrheit er die Novemberwahl 2020 mit einem Erdrutschsieg gewonnen habe und Opfer eines enormen Wahlbetruges sei.

Schon im Wahlkampf hatte Trump wieder und wieder erklärt, dass eine Niederlage nur durch Wahlbetrug möglich sei. Sein Fokus richtete sich zunächst auf die zunehmende Abgabe von Stimmen per Briefwahl, die unter den Vorzeichen der Pandemie in vielen Einzelstaaten erleichtert worden war.

Nach seiner Wahlniederlage griff Trump eine Vielzahl von Verschwörungstheorien auf, die von massiven Stimmabgaben unter dem Namen Verstorbener über die Ablieferung von großen Mengen gefälschter Stimmzettel in Auszählungsstellen bis hin zu vermuteten Manipulationen von Computerprogrammen durch renommierte Softwareunternehmen wie Dominion oder Smartmatic reichten.

Trump's Team von Rechtsanwälten unter der Führung von Rudy Giuliani, dem früheren Bürgermeister von New York, und Trump-Unterstützern, strengte über 60 Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Gerichten und dem Supreme Court an. In allen Fällen wurden die Klagen nicht zugelassen oder zurückgewiesen.

Dessen ungeachtet rief Donald Trump seine Anhänger in einer Massenveranstaltung vor dem Weißen Haus am 6. Januar dazu auf, den Wahlbetrug zu stoppen („to stop the steal“) und zum Kapitol zu ziehen („to fight like hell“), um Trumps Wahlsieg zu „retten“.

Trump's Sohn, Donald Trump, Jr., und sein persönlicher Anwalt, Rudy Giuliani, wurden während der Veranstaltung noch deutlicher. Trump, Jr. kündigte den Republikanern an: „we are coming for you“. Giuliani forderte ganz explizit ein „trial by combat“, in einer offensichtlichen Bezugnahme auf ein Ordal, ein mittelalterliches Gottesurteil durch physischen Kampf.

Eine große Zahl von Trump-Anhänger*innen nahmen ihn und seine beiden Koredner beim Wort und zogen vom Weißen Haus zum Hauptgebäude des Kongresses. Die folgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen, die im Tod von fünf Personen resultierten, sind umfänglich dokumentiert. Ebenso gut dokumentiert sind die Stimmen, die skandierten „hang Mike Pence“, Trumps Vizepräsidenten, und „where is Nancy Pelosi?“, die Vorsitzende des Repräsentantenhauses, offensichtlich mit dem Ziel, sie zu finden und zu exekutieren.

Genau auf diese Kette von Falschbehauptungen, Aufforderungen und Aktionen hoben die Vertreter des *Impeachment*-Verfahrens des Repräsentantenhauses unter Führung des Demokraten Jamie Raskin (Maryland) in ihrer Anklage ab (<https://edition.cnn.com/2021/02/08/politics/house-democrats-managers-brief-on-trumps-trial/index.html>).

Trumps Verteidiger, sein Team von Rechtsanwälten und die republikanische Fraktion im Senat stellten hingegen zum einen die Zulässigkeit eines Amtsenthebungsverfahrens gegen einen Präsidenten, der bereits aus dem Amt ausgeschieden war, zum anderen die Schlüssigkeit der Kausalkette der Ereignisse in Frage. Anzumerken bleibt, dass Trumps persönliches juristisches Team kurz vor dem Beginn der Verhandlungen komplett zurücktrat, weil Trump auf der Aufrechterhaltung der „big lie“ (nach der er die Wahlen gewonnen habe) beharrte. Sein hastig bestelltes neues Team unter der Führung von Bruce Castor und David Schoen, zwei bisher nicht bekannten Rechtsanwälten, scheint wenig fokussiert.

Aber die Verteidigung von Trump beruhte ohnehin nicht auf ausgefeilten Sachargumenten. Vielmehr steht im Raum, dass die Verhandlung einer Amtsenthebung gegen einen Präsidenten, der zwischenzeitlich nicht mehr im Amt ist, sinnlos und nicht verfassungsgemäß sei. Darüber hinaus, so die Verteidigungslinie, habe Trump in seiner Rede am 6. Januar 2021 die Menge dazu aufgefordert „peacefully und patriotically“ zu protestieren.

Dies ist zutreffend, reflektiert aber Trumps herkömmlichen Stil, widersprüchliche Aussagen zu vermengen, sodass alle aus seiner Rhetorik heraushören können, was sie wollen, während er sich mit beiläufigen Floskeln absichert. Schlussendlich bleibt das zweite Amtsenthebungsverfahren gegen Trump nicht nur eine juristische Angelegenheit, sondern vor allem eine politische.

Die beiden Abstimmungen im Senat über die Zulässigkeit des Verfahrens zeigten jedoch, dass sich mehr als 40 Senator*innen der republikanischen Fraktion loyal gegenüber dem Ex-Präsidenten verhalten würden. Für eine Verurteilung wären insgesamt 67 Stimmen notwendig gewesen, und damit mindestens 17 aus den Reihen der 50 Mitglieder zählenden republikanischen Fraktion.

Für die Demokraten musste es daher das Ziel sein, möglichst viele republikanische Stimmen auf ihre Seite zu ziehen, um ein überparteiliches Zeichen gegen Trumps Politik und seinen Stil zu setzen. Für die Republikaner bestand das Problem der augenscheinlichen Unfähigkeit, eine klare Trennungslinie zu ziehen und mit Donald Trump politisch zu brechen.

Senate Minority Leader Mitch McConnell (R-Kentucky) hatte sich diesbezüglich eigentlich relativ eindeutig ausgesprochen und seiner Fraktion signalisiert, das *Impeachment*-Votum sei eine Gewissensentscheidung. Doch das Echo aus den republikanischen Fraktionen beider Kammern des Kongresses demonstrierte, dass die Partei in dieser Frage tief gespalten war. So knickte dann am Ende auch McConnell ein.

2. Viertes Corona-Hilfs- und Konjunkturpaket nach langem Tauziehen im Kongress Ende 2020 verabschiedet

Nach monatelangen Verhandlungen einigten sich die Demokraten und Republikaner im Kongress am 21. Dezember 2020 auf ein neues Maßnahmen- und Konjunkturpaket im Zuge der Corona-Pandemie. Konkret ging es um den *Coronavirus Response and Relief Supplemental Appropriations Act, 2021* (CRRSAA) sowie um zusätzliche Unterstützungs- und Konjunkturmaßnahmen, die im Rahmen des Haushaltsgesetzes (*Consolidated Appropriations Act, H.R. 133*) für das Fiskaljahr 2021 verabschiedet wurden. Das Haushaltsgesetz, das in Division M den CRRSAA und in Division N die zusätzlichen pandemiebedingten Maßnahmen enthält, kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/116/bills/hr133/BILLS-116hr133enr.pdf>.

Sowohl im Repräsentantenhaus, als auch im Senat, wurde das Haushaltsgesetz mit breiter Mehrheit angenommen. Während im Repräsentantenhaus 359 Abgeordnete für und 53 gegen den *Consolidated Appropriations Act* stimmten, waren es im Senat 92 Senator*innen, die bei gerade einmal sechs Gegenstimmen für das Gesetzespaket votierten. Angesichts der großen Überparteilichkeit in beiden Kongresskammern sowie eines möglichen *Shutdown* der amerikanischen Regierung sah sich Präsident Trump dazu gezwungen das Gesetz am 27. Dezember 2020 zu unterzeichnen.

Konkret sieht es unter anderem vor,

- das öffentliche Gesundheitswesen mit 73 Milliarden US-Dollar zu unterstützen, um unter anderem die Erforschung, Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen zu fördern und die Kontaktnachverfolgung zu stärken (Division M);
- den im März 2020 mit dem CARES Act geschaffenen *Education Stabilization Fund* mit weiteren 82 Milliarden US-Dollar auszustatten, um Bundesstaaten, Schulbezirke und Hochschulen zu unterstützen (Division M);
- den Anspruch der pandemiebedingten Arbeitslosenhilfe (*Pandemic Unemployment Assistance*) von 39 auf 50 Wochen zu erhöhen, das Programm bis zum 14. März 2021 zu verlängern mit der Möglichkeit, dass zu viel gezahlte Hilfen, die nicht auf einen Fehler des Antragstellers zurückzuführen sind, erlassen werden können (Division N, Title II);
- dass die vom Bund gezahlte Arbeitslosenunterstützung (*Pandemic Unemployment Compensation*) auf 300 US-Dollar pro Woche wiederhergestellt und das Programm bis zum 14. März 2021 fortgeschrieben wird (Division N, Title II);
- jedem Familienmitglied eine einmalige Steuergutschrift in Höhe von 600 US-Dollar bis zu einem Bruttoeinkommen von 75.000 US-Dollar bereitzustellen, wobei die

Steuergutschrift für jede weiteren 100 verdienten US-Dollar um jeweils 5 US-Dollar verringert wird (Division N, Title II);

- das Paycheck Protection Program (PPP) zur Unterstützung kleinerer Unternehmen durch eine weitere, unter Umständen nicht zurückzuzahlende Darlehenstranche für Lohnzahlungen bis zum 31. März 2021 fortzuschreiben (Division N, Title III).

Insgesamt, so eine Schätzung der überparteilichen Denkfabrik *Committee for a Responsible Federal Budget* (CRFB), haben die Unterstützungs- und Konjunkturmaßnahmen einen Umfang von 935 Milliarden US-Dollar. Die Einschätzung des CRFB kann eingesehen werden unter: <http://www.crfb.org/blogs/whats-final-covid-relief-deal-2020>. Eine Übersicht der einzelnen Maßnahmen findet sich in der durch Mitarbeiter*innen der Demokraten im Haushaltsausschuss veröffentlichten Zusammenfassung unter: <https://appropriations.house.gov/sites/democrats.appropriations.house.gov/files/Summary%20of%20H.R.%20133%20Coronavirus%20Relief%20Provisions.pdf>.

Lange Zeit blieb jedoch unklar, ob Donald Trump an seinem Veto zum Haushaltsgesetz festhalten würde und damit nicht nur ein Auslaufen vieler im Frühjahr beschlossener Programme zur Minderung der durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen ausgelöst hätte, sondern auch einen weitreichenden *Shutdown* der amerikanischen Regierung. Hintergrund war, dass es sich bei dem Haushaltsgesetz um ein sogenanntes Sammelgesetz handelte, das die üblicherweise 12 Einzelhaushalte bündelt. Bereits wenige Tage zuvor hatte Trump sein Veto gegen das vom Kongress ebenfalls mit überparteilicher Mehrheit verabschiedete Verteidigungsgesetz (*National Defense Authorization Act*) eingelegt, das vom Kongress am 1. Januar 2021 letztlich jedoch überstimmt werden konnte (siehe dazu Punkt 8).

Zentraler Kritikpunkt Trumps waren die aus seiner Sicht zu geringen Einmalzahlungen in Höhe von 600 US-Dollar, wohl wissend, dass es die Republikaner im Kongress waren, die in den Verhandlungen mit den Demokraten höhere Zahlungen verhindert hatten. In seinem schriftlichen Kommentar zur Unterzeichnung des Gesetzes hielt Trump denn auch fest, er wolle „far less wasteful spending and more money going to the American people in the form of \$2,000 checks per adult and \$600 per child“ und dass er dem Kongress „a redlined version“ des Haushalts zurückschicken wolle, „accompanied by the formal rescission request to Congress insisting that those funds be removed from the bill“. Das Statement Trumps kann eingesehen werden unter: <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/statement-from-the-president-122720/>.

Zumindest die Republikaner*innen im Repräsentantenhaus zeigten sich offener gegenüber höheren Einmalzahlungen und stimmten am 28. Dezember 2020 für eine Erhöhung der Zahlungen im Rahmen des Caring for Americans with Supplemental Help Act of 2020 (CASH Act, H.R. 9051). Dieser war am 24. Dezember von der republikanischen Führung im Repräsentantenhaus zunächst blockiert worden, konnte jedoch am 28. Dezember mit 275:134 Stimmen, davon 44 der republikanischen Fraktion, verabschiedet werden.

Dem kurz vor Weihnachten 2020 ausgehandelten Unterstützungs- und Konjunkturpaket ging hingegen ein erbitterter Streit über die Fortschreibung und Höhe verschiedener Hilfs- und Konjunkturmaßnahmen voraus, die zum Ende des Jahres ausgelaufen wären (vgl. Congress Report, Jahrgang 35, 2020, Heft 1-5, S. 1-9).

Dazu gehören unter anderem

- der im zweiten Hilfspaket, dem *Families First Coronavirus Response Act*, beschlossene Emergency Paid Sick Leave Act, der Arbeitnehmer*innen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für bis zu zwei Wochen aufgrund von Quarantäne oder COVID-19 Symptomen zusicherte (er wurde nicht verlängert);
- das im dritten Hilfspaket, dem CARES Act, beschlossene Paycheck Protection Program (PPP), das kleinere Unternehmen durch Hilfskredite für Lohnfortzahlungen unterstützt und bereits am 8. August ausgelaufen war (es wurde verlängert);
- die Pandemic Unemployment Assistance (PUA), die Hilfe für Arbeitslose bietet, die nicht von der regulären Arbeitslosenversicherung profitieren, zum Beispiel für selbstständige Arbeitnehmer*innen (sie wurde verlängert);
- die Pandemic Emergency Unemployment Compensation (PEUC), die die Bezugsdauer der regulären Arbeitslosenversicherung von 26 Wochen um 13 Wochen erhöht und die Bezüge aufstockt (sie wurde verlängert).

Für eine Übersicht der Maßnahmen siehe den Report R46634 des *Congressional Research Service* (CRS), abrufbar unter: <https://fas.org/sgp/crs/misc/R46634.pdf>.

Bereits Mitte Mai 2020 verabschiedeten die Demokraten im Repräsentantenhaus den HEROES Act (*Health and Economic Recovery Omnibus Emergency Solutions Act*, H.R.6800) im Umfang von 3 Billionen US-Dollar, der zahlreiche Maßnahmen fortzuschreiben sollte, im Senat von der republikanischen Mehrheit jedoch nicht weiter behandelt wurde. Vielmehr stellten diese mit dem HEALS Act (*Health, Economic Assistance, Liability Protection and Schools Act*) ein Gesetzespaket im Umfang von etwas mehr als 1 Billion US-Dollar vor, das jedoch ebenfalls im legislativen Prozess versandete (vgl. Congress Report, Jahrgang 35, 2020, Heft 6-8, S. 7-10).

Erst am 8. September 2020 kam es im Kongress durch eine von den Republikanern im Senat eingebrachte Gesetzesvorlage zu einem erneuten Anlauf für Pandemie-Hilfen, denen wiederum eine aktualisierte Version des HEROES Acts durch die Demokraten im Repräsentantenhaus Anfang Oktober folgte (für eine Gegenüberstellung der beiden Maßnahmenpakete und des letztlich verabschiedeten Sammelhaushaltes siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Übersicht der Gesetzesmaßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie

Gesetzespaket	Delivering Immediate Relief to America's Families, Schools and Small Businesses Act	(S.Amdt. 2.652 to S. 178)	Revised Health and Economic Recovery Omnibus Emergency Solutions Act (HEROES Act 2.0)	(H.R.925)	Coronavirus Response and Relief Supplemental Appropriations Act, 2021 (CRRSAA) und weitere Unterstützungsmaßnahmen	(H.R. 133)
Unterstützungsmaßnahme						
<i>Paycheck Protection Program</i> (PPP, Darlehen für Kleinunternehmen)	Budgetautorisierung in Höhe von 257,7 Milliarden US-Dollar und Verlängerung des Programmes bis Ende 2020		Budgetautorisierung in Höhe von 115,9 Milliarden US-Dollar und Fortschreibung des Programmes bis Ende 2020		Budgetautorisierung in Höhe von 284,45 Milliarden US-Dollar und Fortschreibung des Programmes bis 31. März 2021	
<i>Pandemic Unemployment Assistance</i> (Arbeitslosenhilfe)	-		Budgetautorisierung in Höhe von 6,4 Milliarden US-Dollar durch Fortschreibung der Arbeitslosenhilfe bis Januar 2021		Keine Daten über Budgetautorisierung verfügbar, aber Fortschreibung der Arbeitslosenhilfe bis 14. März 2021	
<i>Federal Pandemic Unemployment Compensation Program</i> (Arbeitslosenunterstützung)	Budgetautorisierung in Höhe von 186,67 Milliarden US-Dollar durch Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 300 US-Dollar pro Woche und Verlängerung des Programmes bis Ende 2020		Budgetautorisierung in Höhe von 355,8 Milliarden US-Dollar durch Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 600 US-Dollar pro Woche und Fortschreibung des Programmes bis Ende Januar 2021		Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 300 US-Dollar pro Woche (400 US-Dollar für teilselbstständige Arbeitnehmer) und Fortschreibung des Programmes bis zum 14. März 2021 (keine Budgetautorisierung verfügbar)	
Tax Rebate (Einmalige Steuergutschrift)	-		Budgetautorisierung in Höhe von 306,9 Milliarden US-Dollar für Steuergutschriften in Höhe von 1.200 US-Dollar pro anspruchsberechtigter Erwachsene und 500 US-Dollar je Kind		Budgetautorisierung in Höhe von 164 Milliarden US-Dollar für Steuergutschriften in Höhe von 600 US-Dollar pro anspruchsberechtigten Erwachsenen	
Direktausgaben	316,2 Milliarden US-Dollar		1.261 Milliarden US-Dollar		NV	
Mittelbewilligungen	182,6 Milliarden US-Dollar		1.148 Milliarden US-Dollar		NV	
Einnahmenverlust	17,4 Milliarden US-Dollar		26 Milliarden US-Dollar		NV	
Quelle: Höhe der Mittelbewilligungen nach jeweiligem Gesetz, bzw. nach Berechnungen des Congressional Budget Office (CBO) oder des Joint Committee on Taxation (JCT)						

Im Gegensatz zu den von den Demokraten anvisierten 3 Billionen US-Dollar an Hilfs- und Konjunkturgeldern umfasste das von den Republikanern als *Amendment 2652 zum UIGHUR Act, 2019 (S. 178)* vorgelegte Gesetzespaket nur 650 Milliarden US-Dollar an Hilfen und fiel damit im Vergleich zum sogenannten HEALS Act noch einmal geringer aus. Der von den Republikanern vorgelegte *Delivering Immediate Relief to America's Families, Schools and Small Businesses Act*, auch „skinny relief bill“ genannt, kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/amendment/116th-congress/senate-amendment/2652/text>.

Neben einer Fortschreibung des *Paycheck Protection Program* und einer Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 300 US-Dollar enthielt das Maßnahmenpaket auch einen von den Republikanern über den Sommer hinweg immer wieder geforderten Schutz vor Schadensersatzklagen.

Der *Safeguarding America's Frontline Employees To Offer Work Opportunities Required to Kickstart the Economy Act* (SAFE TO WORK Act, Title II) sollte deshalb vor coronabedingten Schadensersatzklagen aufgrund persönlicher Gesundheitsschädigungen oder falscher medizinischer Behandlungen schützen. So heißt es im entsprechenden Gesetzesvorschlag: „Small and large businesses, schools, colleges and universities, religious, philanthropic and other nonprofit institutions, and local government agencies confront the risk of a tidal wave of lawsuits accusing them of exposing employees, customers, students, and worshipers to coronavirus. [...] These lawsuits pose a substantial risk to interstate commerce because they threaten to keep small and large businesses, schools, colleges and universities, religious, philanthropic and other nonprofit institutions, and local government agencies from reopening for fear of expensive litigation that might prove to be meritless“.

Auch wenn das Gesetzespaket an den weiteren legislativen Hürden scheiterte und sowohl am 10. September, als auch am 21. Oktober eine notwendige Dreifünftelmehrheit zur Beendigung der Debatte im Senat verpasste, konnten die Republikaner damit ihre Reihen im aufziehenden Präsidentenschafts- und Kongresswahlkampf 2020 schließen und ebenso wie die Demokraten auf ein von ihnen eingereichtes Maßnahmenpaket verweisen.

Die Abstimmung im Senat war denn auch ein Test für die Demokraten, sich für oder gegen ein, wohlweislich von den Republikanern im Alleingang konzipiertes, Maßnahmenpaket zu entscheiden, oder wie es der Mehrheitsführer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell (R-Kentucky), in seiner Rede vor dem Senat ausdrückte: „Colleges, universities, charities, and small business need commonsense legal protections, and with cases spiking, our whole country needs further investment in testing, tracing, and vaccines. Today, the Democrats will either vote to advance all that or vote to kill it“.

Der Minderheitsführer der Demokraten im Senat, Chuck Schumer (New York), warf den Republikanern hingegen unredliche Absichten vor und betonte in seiner Rede vor dem Senat am 21. Oktober 2020: „(the) closer we get to an election, the sillier it gets

here in Leader McConnell's Senate. All week, the Republican majority has scheduled *stunt votes* on supposed COVID relief bills that are all, in reality, designed to fail". (Hervorhebung durch die Redaktion).

Wie die Debatte zwischen McConnell und Schumer bereits vermuten ließ, waren auch die Abstimmungen im Senat parteipolitisch stark polarisiert. Am 10. September 2020 stimmte kein Mitglied der demokratischen Fraktion für das von den Republikanern vorgelegte Maßnahmenpaket. Am 21. Oktober wurde die notwendige prozedurale Dreifünftel-Mehrheit zur Weiterbehandlung der Gesetzesvorlage mit 51:44 Stimmen verfehlt.

Die Republikaner im Senat sahen sich dabei einem Dilemma ausgesetzt. Zwar hielten sie einerseits die von den Demokraten favorisierten Summen für zu hoch, andererseits sprach sich selbst Präsident Trump für ein weitaus umfangreicheres Maßnahmenpaket aus.

So erhöhte Finanzminister Steven Mnuchin in den Verhandlungen mit der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi (D-Kalifornien), am 9. Oktober sein Angebot für ein neues Konjunktur- und Hilfspaket auf insgesamt 1,8 Billionen US-Dollar, und damit knapp auf das Dreifache dessen, was die Republikaner im Senat als Maßnahmenpaket vorgesehen hatten.

Laut Presseberichten sollte das Angebot der Trump-Administration Hilfen im Umfang von 300 Milliarden US-Dollar an Bundesstaaten und Städte beinhalten, eine Aufstockung der Arbeitslosenversicherung um 400 US-Dollar (bei verlängerter Bezugsdauer) und eine Einmalzahlung in Höhe von 1.200 US-Dollar je Erwachsenen und 1.000 US-Dollar je Kind (was in der Senatsvorlage der Republikaner nicht vorgesehen war).

Die Trump-Administration näherte sich so dem von den Demokraten im Repräsentantenhaus verabschiedeten HEROES Act an, der am 1. Oktober 2020 kurz vor der Sitzungspause vor den Präsidentschafts- und Kongresswahlen mit 214:207 Stimmen in einer aktualisierten Version (*House Resolution 925*) ein weiteres Mal angenommen wurde.

Dieser als *Amendment* eingebrachte Entwurf sah Hilfen und Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 2,4 Billionen US-Dollar vor, davon 436 Milliarden US-Dollar für besonders in Not geratene Bundesstaaten und Städte, und kann eingesehen werden unter: <https://www.congress.gov/116/bills/hr925/BILLS-116hr925eah.pdf>.

Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Positionen der Demokraten (die auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket bestanden), der Trump-Administration (die hinsichtlich der Höhe der Maßnahmen den Demokraten zwar entgegen kam, sich inhaltlich jedoch nicht auf generelle Hilfen für Bundesstaaten und Städte einlassen wollte) und der Republikaner (die vor dem Hintergrund der ansteigenden Staatsverschuldung ihrer fiskalpolitischen Grundsätze betonten), war vor den Wahlen mit keiner Einigung zu einem neuen Hilfs- und Konjunkturpaket zu rechnen.

Erst nach den Präsidentschafts- und Kongresswahlen kam Anfang Dezember 2020 durch eine Gruppe überparteilicher Kongressmitglieder aus Repräsentantenhaus und Senat erneut Bewegung in die festgefahrene Situation.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stellte sie am 1. Dezember 2020 das COVID Emergency Relief Framework vor, welches Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 908 Milliarden US-Dollar vorsah und damit vom Umfang wesentlich näher an dem Maßnahmenpaket der Republikaner im Senat als an der Vorlage der Demokraten im Repräsentantenhaus lag.

Zu der überparteilichen Gruppe gehörten die Senator*innen Joe Manchin (D-West Virginia), Susan Collins (R-Maine), Mark Warner (D-Virginia), Bill Cassidy (R-Louisiana), Jeanne Shaheen (D-New Hampshire), Lisa Murkowski (R-Alaska), Angus King (I-Maine), Mitt Romney (R-Utah) und Maggie Hassan (D-New Hampshire). Ferner schlossen sich die beiden Vorsitzenden des *Problem Solvers Caucus* im Repräsentantenhaus, Josh Gottheimer (D-New Jersey) und Tom Reed (R-New York) sowie Dusty Johnson (R-South Dakota), Dean Phillips (D-Minnesota), Fred Upton (R-Michigan), Abigail Spanberger (D-Virginia) und Anthony Gonzalez (R-Ohio) an.

In einem gemeinsamen Kommentar in der *Washington Post* kritisierten Warner und Collins, „(that) for months congressional leaders and the White House have been trapped on a merry-go-round of negotiations that have led only to one stalemate after another“ (Hervorhebung durch die Reaktion). Das von ihnen vorgeschlagene Maßnahmenpaket sei „a common-sense compromise that includes the best ideas from both Republicans and Democrats and focuses on areas where there is consensus“. Der Kommentar der beiden Senatsmitglieder kann eingesehen werden unter: <https://www.washingtonpost.com/opinions/2020/12/06/warner-collins-covid-compromise-bill/>.

Der zentrale Kompromiss des mit den Führungsspitzen beider Parteien nicht abgesprochenen Maßnahmenpakets bestand letztlich darin, dass zwar der von den Republikanern geforderte Schutz vor Klagen im Zusammenhang mit dem Coronavirus enthalten sein sollte, andererseits aber auch die von den Demokraten geforderten Finanzhilfen für Bundesstaaten und lokale Behörden im Umfang von 160 Milliarden US-Dollar. Eine Übersicht zur Aufteilung der Mittel findet sich auf der Internetseite von Joe Manchin unter: <https://www.manchin.senate.gov/imo/media/doc/COVID%20Emergency%20Relief%20Framework.pdf?cb>.

Der Kompromissvorschlag war damit der Türöffner für weitere Verhandlungen auf Ebene der Fraktionsspitzen in Repräsentantenhaus und Senat. Er ermöglichte es der demokratischen Führung um Nancy Pelosi sich in Richtung der Republikaner zu bewegen. Als entscheidend zeigte sich dabei die Entscheidung des Mehrheitsführers im Senat, Mitch McConnell, der eine Woche nach Vorstellung des Kompromissvorschlages am 8. Dezember auf einer Pressekonferenz erklärte, auf den Schutz vor coronabedingten Klagen vorerst verzichten zu wollen. „What I recommend is we set aside liability and set

aside state and local, and pass those things that we can agree on knowing full well we'll be back at this after the 1st of the year“, so McConnell.

Der Fokus des Maßnahmenpakets lag somit vor allem auf den konsensualen Punkten wie der Fortschreibung des Paycheck Protection Program, zusätzlichen Geldern für die Arbeitslosenhilfe und finanzielle Unterstützung für die Distribution von Impfstoffen sowie für das öffentliche Gesundheitswesen. Unklar blieb bis zuletzt hingegen, ob das neue Paket auch Einmalzahlungen als Konjunkturmaßnahme, wie bereits durch den CARES Act im Frühjahr 2020 beschlossen, enthalten würde.

Während das von der überparteilichen Gruppe um Joe Manchin ausgearbeitete Maßnahmenkonzept bewusst keine Einmalzahlungen bereithielt, da diese nicht nur denjenigen zugutekommen würden, die aufgrund der Pandemie ihre Arbeit verloren hatten, sprach sich die amerikanische Öffentlichkeit wenig überraschend genau für diese aus.

Einer Umfrage der Nachrichtenseite Vox und der linksgerichteten Denkfabrik Data for Progress vom 4. bis 6. Dezember 2020 zufolge waren 86 Prozent der amerikanischen Öffentlichkeit für ein erneutes Hilfs- und Maßnahmenpaket, wobei 75 Prozent sich für eine zweite Runde von Einmalzahlungen aussprachen. Nur 50 Prozent der Befragten favorisierten eine Ausweitung der Arbeitslosenversicherung und gar nur 23 Prozent einen Schutz vor coronabedingten Klagen. Die Umfragedaten können abgerufen werden unter: https://www.filesforprogress.org/datasets/2020/12/dfp_vox_12_4_6.pdf.

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Drucks auf die Kongressmitglieder entschied die Verhandlungsrunde aus Pelosi, McConnell sowie den beiden Minderheitsführern in Senat und Repräsentantenhaus, Chuck Schumer und Kevin McCarthy (R-Kalifornien), Finanzhilfen für Bundesstaaten und Städte sowie den von den Republikanern priorisierten Haftungsausschluss für Unternehmen vorerst auszuklammern.

Die neuen Machtkonstellationen im Kongress (die Demokraten konnten am 5. Januar 2021 die Nachwahlen für die beiden Senatssitze Georgias für sich entscheiden, vgl. Punkt 5) und im Weißen Haus dürften sich für zukünftige Hilfs- und Konjunkturmaßnahmen jedoch als Game Changer erweisen.

Bereits als *President Elect* untermauerte Joe Biden am 14. Januar 2021 seinen Anspruch auf umfassendere Hilfen mit dem von ihm vorgestellten *American Rescue Plan*. Dieses knapp 2 Billionen US-Dollar umfassende Hilfs- und Konjunkturpaket sieht unter anderem einmalige Direktzahlungen in Höhe von 1.400 US-Dollar vor, womit die von den Demokraten im Repräsentantenhaus geforderten 2.000 US-Dollar zusammen mit den im Haushaltsgesetz beschlossenen Zahlungen erreicht wären (sprich eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitslosenhilfe auf 400 US-Dollar sowie Finanzhilfen für Städte und Gemeinden in Höhe von 350 Milliarden US-Dollar).

Der Plan, der unter anderem auch die Klimakrise, die ethnischen Ungleichheiten in den USA und eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 15 US-Dollar adressiert, kann eingesehen werden unter: https://web.archive.org/web/20210115003658/https://buildbackbetter.gov/wp-content/uploads/2021/01/COVID_Relief-Package-Fact-Sheet.pdf.

In einem gemeinsamen Statement verkündeten die alte und neue Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, als auch der neue Mehrheitsführer im Senat, Chuck Schumer, dass der Ansatz Joe Bidens „the right approach“ sei und dass dieser zeige, „that Democrats will finally have a partner at the White House that understands the need to take swift action to address the needs of struggling communities“. Mit Blick auf die neuen Mehrheitsverhältnisse erklärten beide darüber hinaus: „We will get right to work to turn President-elect Biden’s vision into legislation that will pass both chambers and be signed into law“. Das Statement kann eingesehen werden unter: <https://www.speaker.gov/newsroom/11421-0>.

Entsprechend der hohen Priorisierung neuer Unterstützungsmaßnahmen kam es bald nach der Amtseinführung Joe Bidens zu ersten Gesprächen mit dem Kongress, vor allem mit der republikanischen Fraktion im Senat. Während einer ersten Verhandlungsrunde am 1. Februar 2021 mit 10 republikanischen Senator*innen machte Biden hingegen deutlich, dass er nur in begrenztem Umfang dazu bereit sei, auf Forderungen der Republikaner einzugehen. Diese hatten einen neuen Vorschlag mit Hilfsmaßnahmen in Höhe von ca. 618 Milliarden US-Dollar unterbreitet, der jedoch geringere Einmalzahlungen und eine niedrigere Arbeitslosenunterstützung vorsah und auf Hilfen für Bundesstaaten und Städte sowie die von Biden geforderte Erhöhung des Mindestlohnes auf 15 US-Dollar pro Stunde verzichtete.

Biden kommt dabei zugute, dass er aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse im Kongress auch nur mit den Stimmen der Demokraten Maßnahmen verabschieden kann. Aus dieser Position heraus entschieden sich die Demokraten im Senat nur einen Tag nach dem Treffen Bidens mit republikanischen Senatsmitgliedern letztlich dazu, mit Hilfe des eigentlich für die Fiskalgesetzgebung vorgesehenen *Reconciliation*-Verfahrens ihre Pläne für ein umfangreiches Maßnahmenpaket ohne republikanische Unterstützung zu befördern. Das Verfahren ist vor allem deshalb relevant, weil es die Verabschiedung von Gesetzen mit einfacher Mehrheit vorsieht und so die notwendige Dreifünftel-Mehrheit zur Aufhebung eines *Filibuster* umgeht. Wenngleich umstritten und im Widerspruch zum überparteilichen Anspruch Bidens stehend, wurde diese Taktik von allen Demokraten im Senat getragen, darunter auch von Senator Joe Manchin III aus West Virginia, der im Vergleich zur restlichen Fraktion der Demokraten deutlich konservativere Ansichten vertritt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist damit zu rechnen, dass Ende Februar 2021, spätestens jedoch Anfang März vor dem Auslaufen der zentralen Hilfsmaßnahmen mit einem erneuten Corona-Maßnahmenpaket zu rechnen ist, das im Vergleich zum Maßnahmenpaket aus dem Dezember einen deutlich stärkeren Fußabdruck der Demokraten beinhaltet wird, beispielsweise durch eine Anhebung des Mindestlohnes.

3. Joe Biden erringt überzeugenden Sieg in den Präsidentschaftswahlen 2020

Der frühere Vizepräsident Joseph R. Biden hat am 3. November 2020 einen überzeugenden Sieg in den Wahlen gegen den vormaligen Präsidenten, Donald J. Trump, errungen. Er erhielt eine Rekordzahl von etwas über 81 Millionen Stimmen (51,3 Prozent) und 306 von 538 Stimmen im *Electoral College*, dem Kollegium der Wahldeputierten der Einzelstaaten.

Angesichts der vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung von 66,2 Prozent (gemessen an den Werten der letzten Jahrzehnte von ca. 60 Prozent oder darunter) erhielt auch Donald Trump eine Rekordzahl von Stimmen, etwas über 74 Millionen (46,9 Prozent). Von den Wahldeputierten der Einzelstaaten erhielt Trump 232 Stimmen.

2016 hatte Trump, wie Biden 2020, 306 Deputiertenstimmen erzielt, und dies als einen „electoral landslide“, einen Erdrutschsieg, bezeichnet. Bidens Sieg fiel also 2020 klar aus.

Für die Analyse der US Präsidentschaftswahlen 2020 sind zunächst vor allem zwei Faktoren bestimmend: die Schwierigkeit einen amtierenden Präsidenten zu schlagen und die hohe Wahlbeteiligung.

In der Regel gewinnen amtierende Präsidenten die Wiederwahl, unter anderem, weil ihnen die Präsidentschaft die nationale Bühne bietet, um direkt zur Wählerschaft zu sprechen, durch exekutive Aktionen das politische Ruder in die Hand zu nehmen und auch auf breiter Basis Wahlkampfspenden einzutreiben. Ausnahmen von dieser Regel in den letzten Jahrzehnten waren Jimmy Carter (1977-1981) und George H. Bush (1989-1993), jeweils unter dem Eindruck ökonomischer und internationaler Krisen.

Gemessen an diesem Maßstab ist Bidens Wahlsieg mit 51,3 Prozent gegenüber 46,9 Prozent für Trump umso beeindruckender, weil er einem Vorsprung von knapp 7 Millionen Stimmen entspricht. Die Krise, die Trump wesentlich aus der Spur brachte, war die Corona-Pandemie. Präsident Trump verweigerte die nationale Führung in der Bekämpfung der Pandemie und delegierte die Verantwortung für die Krisenbekämpfung weitgehend an die Gouverneure der Einzelstaaten, ohne selbst nationale Führungsstärke zu zeigen.

Herauszustreichen bleibt, dass ungeachtet der ökonomischen Folgen der Pandemie ein hoher Anteil der Wählerschaft Trump mehr Wirtschaftskompetenz zusprach als Biden. Doch Biden konnte eine Mehrheit der Wählerschaft mit seinem Versprechen eines engagierten nationalen Krisenmanagements überzeugen.

Mit Blick auf die auffällig hohe Wählermobilisierung steht Ex-Präsident Trump im Vordergrund. Ungeachtet der Pandemie hatte Trump in den letzten Wochen einen Wirbelwind von großen Wahlkampfversammlungen in mehreren Einzelstaaten initiiert, während Biden seine direkten Wahlkampfauftritte vor dem Hintergrund der Pandemie zurückgefahren hatte. Entscheidend war in diesem Zusammenhang, dass Trump nicht nur

seine Wähler*innen, sondern auch die seiner Gegner*innen mobilisiert hatte, was Biden in die Karten spielte.

Auch der Überblick über die zwischen den Parteien umkämpften Einzelstaaten, die „swing states“, zeigt, dass Biden einen keineswegs einfachen, aber am Ende soliden Wahlsieg erzielte. Trump konnte vor allem Florida mit 51,2 Prozent (gegen 47,9 Prozent für Biden) und Ohio mit 53,3 Prozent (gegen 45,2 Prozent) für sich entscheiden. Diese beiden Staaten gelten in der Regel als zentrale Indikatoren für den Ausgang der Wahlen.

Doch Biden gelang es mehrere Staaten im so genannten „Rustbelt“, d.h. Staaten im mittleren Westen und Nordosten, die in den letzten Jahrzehnten besonders von Verlusten gut bezahlter Jobs im produzierenden Gewerbe betroffen waren, zurück zu gewinnen. In Wisconsin gewann Biden mit 49,5 Prozent der Stimmen (gegen 48,8 Prozent für Trump), in Michigan mit 50,6 Prozent (gegen 47,6 Prozent für Trump) und in Pennsylvania mit 50 Prozent (gegen 48,8 Prozent für Trump). Diese drei Staaten in die demokratische Koalition zurückzuholen genügte bereits, um Biden eine Mehrheit von 270 oder mehr Stimmen im Electoral College zu sichern.

Biden konnte zudem noch zwei weitere Staaten im Süden und Südwesten für sich entscheiden, allerdings mit hauchdünner Mehrheit. In Arizona gewann Biden mit 49,4 Prozent gegen 49,1 Prozent für Trump, in Georgia mit 49,5 Prozent gegen 49,2 Prozent für Trump. In beiden Staaten hatten sich die Demokraten zwar Hoffnungen gemacht, doch der Optimismus blieb bis zuletzt stark gedämpft. Für Biden bedeuteten diese Siege, dass er im Electoral College mit 306 von 538 Deputierten einen komfortablen Vorsprung erreichen konnte.

Die sozialen Konturen der Wählerkoalitionen von Biden und Trump folgten generell den bekannten Mustern. Biden punktete vor allem in den urbanen Zentren der Ost- und Westküste, unter Frauen und Minoritäten, Afro-Amerikaner*innen, *Hispanics* und *Asian Americans*, der jungen Generation sowie den unteren und mittleren Einkommensgruppen. Trump stützte sich dagegen auf starke Anteile in der Gruppe der weißen Bevölkerung, insbesondere Männer aus ländlichen oder kleinstädtischen Räumen im historischen Süden und dem Landesinneren sowie religiös Orientierte („Evangelicals“) in einem breiten Streifen von Texas bis South und North Dakota.

Einige Wählerbewegungen sind bemerkenswert. Die klassischen „exit polls“, die Befragung von Wähler*innen direkt nach ihrer Stimmabgabe, sind zwar nur mit großer Vorsicht zu genießen, weil die Trends zu vorzeitiger Stimmabgabe („early voting“) und Briefwahl („mail-in voting“) dieses Format zunehmend untergraben.

Gleichwohl sind zwei Wählerbewegungen festzustellen. Joe Biden konnte im Vergleich zu Hillary Clinton (2016) vor allem unter den Wählergruppen der „Moderates“ (politische Mitte), der „Independents“ (Parteiunabhängige) und der mittleren Einkommens-

gruppen („Suburbs“) 10 Prozent und mehr hinzugewinnen (siehe in diesem Zusammenhang www.washingtonpost.com/graphics/2020/elections/exit-polls-changes-2016-2020/).

Donald Trump gelang es dagegen seinen Stimmenanteil unter *Republicans* und den oberen Einkommensgruppen (mehr als 100.000 US-Dollar pro Jahr) auszuweiten, aber auch unter Männern aus Minderheitengruppen, mit Zuwächsen von jeweils etwa 5-6 Prozent im Vergleich 2016.

Diese Befunde deuten an, dass Joe Bidens Wahlkampfstrategie auf die politische Mitte zuzugehen und die demokratische Wählerkoalition zu erweitern, aufgegangen ist. Nun wird es darauf ankommen, diese breite Koalition zusammenzuhalten und Konflikte zwischen „Zentristen“ und „Linksprogressiven“ zu vermeiden.

Im Unterschied hierzu hat Donald Trumps Strategie einer intensiven Mobilisierung der Partei und von Wählergruppen, die mehr oder minder stark von seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik profitiert haben, zwar Wirkung gezeigt, aber nicht für einen Sieg ausgereicht.

Die Republikaner stehen damit vor der Herausforderung, den Spagat zwischen einer rechtspopulistisch radikalisierten und meistenteils weißen Wählerschaft und einer zunehmend diversifizierten US-Bevölkerung zu schlagen. Solange Ex-Präsident Trump eine politische Größe in der Partei bleibt, ist kaum abzusehen wie dieser Spagat gelingen kann.

4. Demokraten verteidigen Mehrheit in den Wahlen zum Repräsentantenhaus

Die Demokraten haben ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus in den Präsidentschafts- und Kongresswahlen am 3. November 2020 hauchdünn verteidigt.

Während die Republikaner 15 Sitze im Repräsentantenhaus von demokratischen oder libertären Mandatsträgern erobern konnten, verloren die Demokraten trotz dreier Zugewinne in North Carolina und Georgia 12 Sitze. Mit 222 Sitzen kontrollieren die Demokraten damit auch in der 117. Legislaturperiode das Repräsentantenhaus, wozu in der klassischen Mehrheitsinstitution 218 Stimmen notwendig sind.

Zuwächse verzeichneten die Republikaner in Kalifornien (3), Florida (2), Iowa (2), Michigan (1), Minnesota (1), New Mexiko (1), South Carolina (1), New York (2), Utah (1) und Oklahoma (1). Die Demokraten konnten in Georgia nur einen und North Carolina zwei Sitze von Republikanern erobern und das vor allem im Fahrwasser der starken Ergebnisse Joe Bidens in Georgia und der gerichtlichen *Redistricting*-Anordnung (der Neueinteilung von Wahlbezirksgrenzen) in North Carolina.

Tabelle 2: Sitzverteilung im Repräsentantenhaus, 116. und 117. Legislaturperiode

	Demokra- ten	Republika- ner	Unabhän- gige	Va- kant
Ende der 116. Legislaturperiode (2019-2021)	233	195	2	5
„flipped seats“ in den Wahlen 2020	+3/-12	+15/-3		
117. Legislaturperiode (2021- 2023)	221	211	0	3

Überraschend ist es allemal, dass die Demokraten entgegen vorheriger Prognosen und der selbst gesetzten ambitionierten Agenda mittels antizipierter Zugewinne in den Suburbs, die der Schlüssel zu Joe Bidens Wahl zum Präsidenten waren, keine Zugewinne im Repräsentantenhaus realisieren konnten. Von den Verlusten waren überwiegend *Freshman*-Demokrat*innen betroffen, die im historischen Wahlerfolg in den Zwischenwahlen 2018 (bei denen die Demokraten das *Unified Government* der Republikaner durch die Eroberung von 40 Mandaten beendet hatten) neu in das Repräsentantenhaus gewählt worden waren (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, 2018. Heft 11-12, S. 17ff.).

In einem von der *Washington Post* veröffentlichten Telefonausschnitt gab *Congresswoman Abigail Spanberger (D-Virginia)*, die nur knapp ihre Wiederwahl mit 50,9 zu 49,7 Prozent der Stimmen gegen ihren republikanischen Gegenkandidaten Nick Treias verteidigen konnte, zu Protokoll, dass die von linksliberalen Demokraten vorgetragene Wahlslogans „defund the police“ und „medicare for all“ es Republikanern leicht gemacht hätten, Demokraten als „Sozialisten“ zu brandmarken: „We need to not ever use the word ‚socialism‘ ever again (...) We lost good members because of that“. So habe dies zwar Biden in den Präsidentschaftswahlen nicht geschadet, allerdings Kongressabgeordnete gerade in von *Hispanics* bewohnten Bezirken politisch unter Druck gesetzt.

Indirekt griff Spanberger damit auch die prominentesten Vertreter*innen des linken Flügels der Fraktion, „the squad“ um Rep. Rashida Tlaib (D-Michigan), Ilhan Omar (D-Minnesota) und Alexandria Ocasio-Cortez (D-New York), an, die allesamt ihre Mandate verteidigen konnten.

Ocasio-Cortez unterstellte ihrerseits wiederum den glücklosen moderaten Demokraten in den „General Elections“ einen schwachen und altmodischen Wahlkampf: „These folks are pointing toward Republican messaging that they killed them, right? But why were you so vulnerable to that attack? If you’re not door-knocking, if you’re not on the internet, if your main points of reliance are TV and mail, then you’re not running a campaign on all cylinders“.

Ebenso griff Ocasio-Cortez auch die Strategie der demokratischen Führungsriege um *Speaker Nancy Pelosi (California)* an, die sich einerseits in den Vorstädten („suburbs“)

vor allem auf weiße Wähler*innen konzentriert und andererseits „unforced errors“ begangen hätte. Letzteres bezog sich auf einen Auftritt Pelosis in einer amerikanischen Late-Night Show, in der sie per Videokonferenz aus San Francisco zugeschaltet einen „Luxuskühlschrank“ gefüllt mit Vorrat an Eiscreme im Zuge des kalifornischen Lockdowns gezeigt habe. Pelosis Interview wurde umgehend von der Trump-Kampagne dazu verwendet, Pelosis Vermögen mit von der Wirtschaftskrise betroffenen Amerikaner*innen zu kontrastieren.

Bei allen Diskussionen innerhalb der demokratischen Fraktion ist Beobachtern zufolge zum einen nicht zuletzt die starke Mobilisierung der Trump-Wählerschaft für die Verluste der Demokraten verantwortlich, die vorab veröffentlichte demoskopische Trends nicht erfassten. Das betraf traditionell weniger die städtischen Zentren an der Ost- und Westküste, die nach wie vor fest in demokratischer Hand sind.

Zum anderen dämmt eine parteipolitisch motivierte Wahlkreiseinteilung (*Gerrymandering*) auch starke Wählerbewegungen ein, wodurch weitere Zugewinne für die Demokraten sowieso nur marginal zu erwarten waren.

Trotz alledem sind durch den Wahlerfolg Bidens und die *Special Elections* in Georgia, die ein *Unified Government* zugunsten der Demokraten befördert haben, gerade moderate Demokraten gestärkt worden. Das drückt sich in der Besetzung der parteipolitischen Führung aus. Nancy Pelosi (California) gewann zu Beginn der 117. Legislaturperiode am 3. Januar 2021 mit 216:209 Stimmen erneut die Wahl zum Amt des *Speaker*. Steny H. Hoyer (D-Maryland) und James E. Clyburn (South Carolina) wurden in ihren Rollen als *Majority Leader* und *Majority Whip* bestätigt.

Bei den Republikanern wurden Kevin McCarthy (California) als *Minority Leader*, Steve Scalise (Louisiana) als *Minority Whip* und Liz Cheney (Wyoming) als *Conference Chair* bestätigt. Durch Cheney's Bruch mit der Mehrheit der republikanischen Minderheit im Repräsentantenhaus bei der Befürwortung einer zweiten Amtsenthebung Trumps (vgl. auch Punkt 1) forderten eine Reihe republikanischer Abgeordneter ihren Rücktritt und warfen ihr Illoyalität vor. In einer geheimen Kampfabstimmung innerhalb der Fraktion konnte Cheney aber ihre Position mit 145:61 Stimmen verteidigen, auch weil sich zuvor *Senate Minority Leader Mitch McConnell* (R-Kentucky) und *Minority Leader Kevin McCarthy* klar hinter Cheney gestellt hatten. Gleichwohl bleibt abzuwarten, welche Folgen das zweite *Impeachment*-Verfahren gegen Trump für das Führungstableau der Republikaner im Repräsentantenhaus haben wird.

Zur Durchsetzung der legislativen Agenda und des *Congressional Oversight* sind die Ausschussvorsitzenden (*Committee Chairs*) und ihre Stellvertreter*innen (*Ranking Members*) zentral.

Überraschend ist die Berufung des neuen Vorsitzenden des *House Foreign Affairs Committee*, Gregory Meeks (D-New York), der bereits am 3. Dezember 2020 mit 148:78 Stimmen vom *Democratic Caucus* zum neuen Ausschuss-Vorsitzenden gewählt wurde.

Ursache hierfür ist die überraschende Niederlage des erfahrenen und vorherigen Vorsitzenden Eliot Engel (New York) in den demokratischen Primaries gegen den Lehrer Ja-maal Bowman.

Meeks kündigte im Gegensatz zu Engel, der vielen Progressiven der Partei zu stark an einer traditionellen pro-interventionistischen Außenpolitik der USA festhielt, einen inhaltlichen Kurswechsel des Ausschusses an, der insbesondere in der Ära Trump an Einfluss verlor, u.a. durch das mehrfache Scheitern der Verabschiedung eines Haushaltes für das Außenministerium und einem Bedeutungsverlust gegenüber dem Streitkräfteausschuss („House Armed Services Committee“).

Meeks, der selbst als Fachmann für die US-amerikanischen Beziehungen zu Lateinamerika gilt und dort auch einen neuen inhaltlichen Fokus setzen will, versprach eine Zusammenarbeit mit der Biden-Administration bei der Rückkehr der USA in das Pariser Klimaabkommen, der WHO und den JCPOA. Zugleich kündigte Meeks an, eine neue und striktere AUMF („Authorization for Use of Military Force“) im mittlerweile 20-Jahre andauernden Krieg gegen den internationalen Terrorismus verabschieden zu wollen, an der der Kongress aber seit 2014 immer wieder gescheitert ist (siehe dazu Congress Report, Jahrgang 35, Heft 6-8, S. S. 24-29).

„One in particular that we believe deserves your early attention is repealing outdated and overly broad Authorizations for Use of Military Force (AUMFs). We ask that you commit to working with Congress to address this issue. We appreciate your stated ambition to end the ‘forever wars’ (...)\“, so Meeks in einem Brief des Ausschusses an den neuen Präsidenten am 21. Januar 2021. Das Schreiben ist einzusehen unter: [https://lee.house.gov/imo/media/doc/Biden%20AUMF%20letter%20FINAL%20\(1\).pdf](https://lee.house.gov/imo/media/doc/Biden%20AUMF%20letter%20FINAL%20(1).pdf).

Spannend wird im Appropriations Committee die von der neuen Vorsitzenden Rosa L. DeLauro (D-Connecticut) angekündigte Wiedereinführung von „earmarks“ zur zielgerichteten Verfügung finanzieller Mittel für lokale Projekte. Der Kongress hatte in der 112. Legislaturperiode ein sogenanntes „earmark moratorium“ verfügt. Ein detaillierter Bericht des *Congressional Research Service* dazu ist einzusehen unter: <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R45429/2>.

Bei einer Aufhebung des Moratoriums, so die Idee DeLauros, hätte jedes Kongressmitglied gerade bei der Zuweisung finanzieller Hilfen während der Corona-Pandemie mehr Mitsprache, um zum Beispiel Kurzarbeitergeld, Zollerleichterungen oder Steuervergünstigungen für seinen Wahlkreis zu verteilen.

Die demokratischen Ausschussvorsitzenden, lose sortiert nach Bedeutung, in der 117. Legislaturperiode sind in Tabelle 3 dargestellt:

Tabelle 3: Demokratische Ausschussvorsitzende im Repräsentantenhaus, 117. Legislaturperiode (2021-2023)

<i>Rules Committee:</i>	Jim McGovern (Massachusetts)
<i>Appropriations:</i>	Rosa L. DeLauro (Connecticut)
<i>Ways and Means:</i>	Richard E. Neal (Massachusetts)
<i>Judiciary:</i>	Jerrold Nadler (New York)
<i>Armed Services:</i>	Adam Smith (Washington)
<i>Oversight & Government Affairs:</i>	Carolyn B. Maloney (New York)
<i>Foreign Affairs:</i>	Gregory W. Meeks (New York)
<i>Intelligence:</i>	Adam Schiff (California)
<i>Homeland Security:</i>	Benny Thompson (Mississippi)
<i>House Administration:</i>	Zoe Lofgren (California)
<i>Financial Services:</i>	Maxine Waters (California)
<i>Energy & Commerce:</i>	Frank Pallone Jr. (New Jersey)
<i>Transportation & Infrastructure:</i>	Peter A. DeFazio (Oregon)
<i>Education & Labor:</i>	Robert C. Scott (Virginia)
<i>Budget:</i>	John Yarmuth (Kentucky)
<i>Natural Resources:</i>	Raúl M. Grijalva (Arizona)
<i>Science & Technology:</i>	Eddie Bernice Johnson (Texas)
<i>Small Business:</i>	Nydia M. Velázquez (New York)
<i>Ethics:</i>	Theodore Elliot „Ted“ Deutch (Florida)
<i>Agriculture:</i>	David Scott (Georgia)
<i>Veteran's Affairs:</i>	Mark Takano (California)

Die 117. Legislaturperiode schreibt in mehrerer Hinsicht Geschichte mit Blick auf die Diversität des Repräsentantenhauses. Der anhaltende Trend der Erhöhung des Frauenanteils in der demokratischen *und* republikanischen Fraktion hält an. Die republikanische Minderheit konnte ihren Frauenanteil im Vergleich zur 116. Legislaturperiode sogar auf 28 verdoppeln. 9 der 15 neuen Mandate für den *Republican Caucus* wurden von Frauen gewonnen. Mit 89 weiblichen Abgeordneten liegt der Anteil bei der demokratischen Fraktion bei ca. 40 Prozent. Der prozentuale Anteil von Frauen in der republikanischen Fraktion liegt mit knapp 13 Prozent nach wie vor weit darunter.

Obwohl 413 von 535 Kongressmitgliedern und damit die deutliche Mehrheit Weiße sind, nimmt in der 117. Legislaturperiode der Anteil von Minderheiten zu. 61 so genannte „Afro-Americans“ (14 Prozent), 45 „Hispanics“ (10 Prozent), 17 „Asian-Americans“ (4 Prozent) und 6 „Native-Americans“ (ca. 1 Prozent) sind im neuen Kongress vertreten. Besonders hervorzuheben ist, dass die Demokratin Cori Bush die erste Afro-Amerikanerin ist, die für Missouri in das Repräsentantenhaus eingezogen ist. Die Demoraten Mondaire Jones und Ritchie Torres (beide New York) werden zudem die ersten Afro-Amerikaner im Repräsentantenhaus sein, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekennen. Der Republikaner Madison Cawthorn (North Carolina) ist mit 25 Jahren der jüngste republikanische Abgeordnete im Repräsentantenhaus aller Zeiten.

Vorausgesetzt die demokratische Fraktion bleibt geschlossen hinter der Agenda Präsident Bidens, wird die nur schmale demokratische Mehrheit und die anhaltende zugespitzte parteipolitische Polarisierung zumindest im Repräsentantenhaus keine Hürde für die Agenda des 46. Präsidenten der USA sein. Als klassische Mehrheitsinstitution benötigen Gesetzesvorhaben dort nur eine einfache Mehrheit. Das *Rules Committee* und die demokratische Führung können außerdem im Vergleich zum Senat das Zulassen von *Amendments* auf Ausschussebene und im Plenum kontrollieren.

5. Demokraten gewinnen Kontrolle über den Senat zurück

Kurz nach den Senatswahlen am 3. November 2020 zeigten sich die Demokraten trotz Zugewinnen enttäuscht, weil sie ihr hochgestecktes Ziel, eine Mehrheit im Senat, klar verfehlt hatten. Doch mit den Stichwahlen für 2 Senatssitze in Georgia am 5. Januar 2021, in denen sich überraschend die demokratischen Kandidaten durchsetzen konnten, erlangten sie (mit der Stimme von Vizepräsidentin Harris) die Kontrolle über die Leitung des Senats.

Im 116. Kongress hatten die Republikaner 53 Senatssitze gehalten, die Demokraten und zwei parteiunabhängige Senatoren, Angus King (Maine) und Bernie Sanders (Vermont), die sich der demokratischen Fraktion angeschlossen haben, 47 Sitze.

In Arizona siegte der demokratische Kandidat Mark Kelly gegen die amtierende republikanische Senatorin, Martha McSally, mit 51,2 Prozent gegen 48,8 Prozent der Stimmen. Kelly hat als früherer Astronaut und US-Navy Captain in den USA einen hohen Bekanntheitsgrad. Er ist zudem der Ehemann der früheren Abgeordneten Gabby Giffords, die 2011 aufgrund eines Attentats mit einer Schusswaffe schwere Kopfverletzungen erlitten hatte. Dies hatte Kelly zum Eintritt in die Politik gebracht, zunächst als Aktivist für eine verschärfte Waffenkontrollgesetzgebung.

In Colorado gewann der frühere Gouverneur des Bundesstaats, John Hickenlooper, mit 53,5 Prozent der Stimmen gegenüber dem bisherigen republikanischen Amtsinhaber, Cory Gardner, der 44,2 Prozent der Stimmen erhielt. Hickenlooper galt auf Grund seiner hohen Popularität in Arizona bereits früh als Favorit.

In einer Reihe von anderen Bundesstaaten, in denen sich die Demokraten gute Chancen ausgerechnet hatten, verliefen die Wahlen aus ihrer Sicht allerdings enttäuschend. Das Kalkül war, dass die Demokratische Partei in Bundesstaaten, in denen der Präsident eine eher geringe Popularität aufwies, von der negativen Resonanz profitieren könnte. Diese Rechnung ging jedoch oftmals nicht auf.

Beispielhaft hierfür stehen Maine und die republikanische Senatorin Susan Collins. Obwohl Trump in Maine wenig Zustimmung fand und Biden mit 53 Prozent gegen Trump mit 44 Prozent siegte, gewann Collins gegen ihre demokratische Herausforderin, Sara

Gideon, mit großem Abstand. Collins erhielt 51 Prozent der Stimmen, Gideon nur 42,4 Prozent.

Auch verlor die Demokratische Partei einen Senatssitz in Alabama. Doug Jones hatte 2017 eine Nachwahl nach dem Rücktritt von Senator Jeff Sessions gewonnen, nachdem Sessions zum *Attorney General* (Justizminister) in der Regierung Trump ernannt worden war. Sein republikanischer Gegenkandidat war der frühere Richter des obersten Gerichtshofs von Alabama, *Supreme Court Justice Roy Moore*, der allerdings durch Skandalvorwürfe schwer belastet war. Im November 2020 unterlag Doug Jones dann seinem republikanischen Herausforderer, Tommy Tuberville, einem populären, früheren *Football Coach*. Tuberville erhielt 60,1 Prozent der Stimmen, Jones nur 39,7 Prozent.

Vor den noch ausstehenden Stichwahlen in Georgia stand die Sitzverteilung im Senat bei 50 Sitzen für die Republikaner und 48 für die Demokraten. Meinungsumfragen deuteten zwar an, dass die Entscheidung in Georgia knapp ausfallen könnte, aber eine große Mehrheit der Beobachter*innen favorisierten Kelly Loeffler und David Perdue über deren demokratischen Herausforderer Raphael Warnock und Jon Ossoff.

Tabelle 4: Sitzverteilung im Senat, 116. und 117. Legislaturperiode

	Demokraten	Republikaner	Unabhängige	Vakant
Ende der 116. Legislaturperiode (2019-2021)	45	53	2*	0
„flipped seats“ in den Wahlen 2020	+4/-1	+1/-4		
117. Legislaturperiode (2021-2023)	48	50	2*	0

* Die parteiunabhängigen Senatoren Angus King (Maine) und Bernie Sanders (Vermont) haben sich der demokratischen Fraktion angeschlossen.

Nach zwei Neuauszählungen, eine per Hand, eine maschinell, und der Zertifizierung des Präsidentschaftswahlergebnisses zugunsten von Joe Biden, kam es zu einem scharfen Konflikt zwischen Trump und der republikanischen Parteiführung unter Gouverneur Brian Kemp in Georgia.

Gouverneur Kemp und sein Innenminister, *Secretary of State Brad Raffensperger*, hatten den knappen Wahlsieg Joe Bidens in Georgia zertifiziert und dies öffentlich verteidigt, obwohl sie selbst Trump als Kandidaten unterstützt hatten. Trump hatte daraufhin die republikanische Parteiführung in Georgia als „Verräter“ im Kampf um die Präsidentschaft bezeichnet und die Auszählung der Stimmen in diesem Einzelstaat wieder und wieder in Frage gestellt.

Obwohl sich Trump in einem Wahlkampfauftritt kurz vor den Stichwahlen für Loeffler und Perdue ausgesprochen hatte, beförderte er damit offensichtlich die Aufspaltung der Stimmabgabe vieler Wähler*innen. Vermutlich gingen eine Reihe von enttäuschten republikanischen Parteianhänger*innen nicht zur Wahl, während andere gegen ihre Partei stimmten.

Raphael Warnock siegte in der Folge mit 51 Prozent der Stimmen über die republikanische Senatorin Kelly Loeffler mit 49 Prozent. Warnock, ein protestantischer Pastor aus Atlanta, ist damit der erste schwarze Senator in der Geschichte Georgias. Als Zwischenbesetzung für einen zurückgetretenen Senator muss er sich allerdings bereits in zwei Jahren wieder zur Wahl stellen.

Jon Ossoff gewann mit 50,6 Prozent der Stimmen gegen seinen republikanischen Kontrahenten, David Perdue, der 49,4 Prozent der Stimmen erhielt. Ossoff ist für sechs Jahre gewählt.

Nach dem kaum für möglich gehaltenen Doppelsieg der Demokraten in Georgia hat sich die Machtverteilung im Senat geändert. Demokraten wie Republikaner halten nun jeweils 50 Sitze im Senat. Vizepräsidentin Kamala Harris verfügt somit als Vorsitzende des Senats bei einem Stimmengleichstand über die entscheidende Stimme.

In der Folge ist nun Senator Chuck Schumer (D-New York) der neue Majority Leader im Senat, während Mitch McConnell (Kentucky) die Rolle des Minority Leader übernimmt. Derzeit überwiegen die kooperativen Töne zwischen den Fraktionen. Das heißt, dass die Republikaner*innen weniger Obstruktion in der Gesetzgebung in Aussicht stellen, während die Demokrat*innen vorerst keine Streichung des *Filibuster* durchsetzen wollen. Ob dieser zwischenparteiliche Kompromiss Bestand haben wird, bleibt allerdings abzuwarten.

6. Leichter Zugewinn der Republikaner bei den Gouverneurswahlen 2020

Zusätzlich zu den Kongress- und Präsidentschaftswahlen fand am 3. November 2020 in vielen Bundesstaaten auch die Wahl neuer Gouverneur*innen statt. Während 2018 in 36 Bundesstaaten und 3 Territorien die Gouverneur*innen neu gewählt wurden, fanden 2020 insgesamt nur in 11 Bundesstaaten und 2 Übersee-Territorien Gouverneurswahlen statt (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Ergebnisse der Gouverneurswahlen in den Bundesstaaten 2020

Bundesstaat	Amtsinhaber	Partei	Neuer Amtsinhaber	Partei
North Dakota	Doug Burgum	R	Doug Burgum	R
Utah	Gary Herbert*	R	Spencer Cox	R
West Virginia	Jim Justice	R	Jim Justice	R
Missouri	Mike Parson	R	Mike Parson	R

Indiana	Eric Holcomb	R	Eric Holcomb	R
Montana	Steve Bullock*	D	Greg Gianforte	R
North Carolina	Roy Cooper	R	Roy Cooper	R
New Hampshire	Chris Sununu	R	Chris Sununu	R
Washington	Jay Inslee	D	Jay Inslee	D
Delaware	John Carney	D	John Carney	D
Vermont	Phil Scott	R	Phil Scott	R

* Während Gary Herbert auf eine dritte Amtszeit verzichtete, erreichte Steve Bullock die maximale Amtsdauer

In den Übersee-Gebieten setzte sich auf Puerto Rico der Kandidat der *Partido Nuevo Progresista*, Pedro Pierluisi, durch, während auf Amerikanisch-Samoa der unabhängige Kandidat Lemanu Peleti Mauga gewann.

Erstmals seit 2016 konnten die Republikaner bei den Gouverneurswahlen im vergangenen Jahr wieder Gouverneurssitze hinzugewinnen. Während die Demokraten 2018 in sieben Bundesstaaten und zwei Territorien vormals republikanisch dominierte Gouverneurssitze eroberten (vgl. Congress Report, Jahrgang 33, Heft 11-12, S. 17-18), konnten die Republikaner 2020 nicht nur die acht zur Wahl anstehenden republikanischen Gouverneursposten verteidigen, sondern mit Greg Gianforte in Montana auch einen vormals von den Demokraten kontrollierten Gouverneursposten erobern.

Aufgrund der Corona-Pandemie rückte das in allen Bundesstaaten direkt gewählte Amt des Gouverneurs vermehrt in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Als Regierungschefs der jeweiligen Bundesstaaten und Territorien verfügen die Gouverneure über weitreichende Vollmachten mit Blick auf Notstandsbefugnisse bei Naturkatastrophen oder sonstigen Krisensituationen.

Im vergangenen Jahr nutzten die Gouverneure in den USA dementsprechend das Instrument der Exekutivanordnungen, um auf die Corona-Pandemie reagieren zu können. So listet der unabhängige und überparteiliche *Council of State Governments* mehrere tausend Exekutivanordnungen auf, die von Quarantänebestimmungen (*Stay-at-Home-Order*) bis hin zu Schulschließungen und Maskenpflichten unterschiedliche von den Gouverneuren erlassene Maßnahmen umfassen. Die Liste kann abgerufen werden unter: <https://web.csg.org/covid19/executive-orders/>.

Verschiedene Gerichtsurteile zeigen jedoch, dass Gouverneure sich dabei nicht uneingeschränkt auf ihre Notstandsbefugnisse stützen können. Im Juni 2020 verfügte ein Richter im kalifornischen *Sutter County* beispielsweise, dass Gouverneur Gavin Newsom (D) seine verfassungsmäßigen Vollmachten überschritten habe und stoppte die von Newsom per *Executive Order* verfügten Wahlrichtlinien bis zu einer vollen Gerichtsanhörung. Die Richtlinien sahen vor, dass Kommunen die persönliche Stimmabgabe nur dann einschränken konnten, wenn diese die Wahllokale drei Tage früher öffneten, was von vielen als zu große finanzielle Belastung für die Kommunen gesehen wurde. Siehe dazu auch den Bericht der *Los Angeles Times* unter: <https://www.latimes.com/california/story/2020-06-12/california-lawmakers-frustration-gavin-newsom-executive-power>.

Im Oktober 2020 war es dann das Verfassungsgericht in Michigan, das in einem Urteil erklärte, dass der von Gouverneurin Gretchen Whitmer (D) angeführte *Emergency Powers of the Governor Act of 1945* keine verfassungsrechtliche Grundlage dafür bietet, die Notstandsbefugnisse des Bundesstaates vom 30. April 2020 per Exekutivanordnung zu verlängern, d.h. ohne Einbeziehung der Legislative. Siehe dazu auch den Bericht von CNN unter: <https://edition.cnn.com/2020/10/02/politics/michigan-supreme-court-whitmer-covid-emergency/index.html>.

Im Schatten der Kongress- und Präsidentschaftswahlen finden die einzelstaatlichen Gouverneurswahlen hingegen nur selten nationale Aufmerksamkeit. In Montana galt die Wahl des neuen Gouverneurs jedoch als besonders enges Rennen, da der vormalige Amtsinhaber, Steve Bullock, nach zwei Amtszeiten nicht erneut kandidieren durfte. Zur Wahl standen dabei der Kandidat der Republikaner, Greg Gianforte (der bereits 2018 für das Amt des Gouverneurs kandidiert hatte, damals jedoch dem Amtsinhaber Bullock unterlegen war) und Mike Cooney (der sich in den parteiinternen Vorwahlen der Demokraten gegen die Tochter des früheren langjährigen Abgeordneten Montanas im Repräsentantenhaus, Pat Williams, Whitney Williams, durchsetzen konnte).

Greg Gianforte, der im Juni 2017 Abgeordneter des Repräsentantenhauses wurde, nachdem der bisherige Amtsinhaber Ryan Zinke sein Mandat aufgegeben hatte, erlangte erstmals nationale Bekanntheit, nachdem er im Mai 2017 einen Reporter des *Guardian* umrampelte und dafür zu 40 Stunden gemeinnütziger Arbeit und 20 Stunden Anti-Aggressionstraining verurteilt wurde. Nichtsdestotrotz konnte Gianforte nicht nur die Wiederwahl für das Repräsentantenhaus im November 2018 gewinnen, sondern sich 2020 auch in den Gouverneurswahlen gegen den Demokraten Mike Cooney durchsetzen.

Die renommierte Statistikwebseite *FiveThirtyEight* favorisierte Gianforte bereits vor den Wahlen leicht gegenüber Cooney, da er schon in den Vorwahlen signifikant höhere Wahlkampfspenden als sein republikanischer Mitbewerber, Tim Fox, aber auch die beiden Kandidaten der Demokraten, auf sich verbuchen konnte. Die Analyse von *FiveThirtyEight* zu den amerikanischen Gouverneurswahlen ist einsehbar unter: <https://fivethirtyeight.com/features/2020-governors-races-update/>.

Ähnlich wie die Wahlen zum Repräsentantenhaus deuten auch die Gouverneurswahlen darauf hin, dass sich die Republikaner auf bundesstaatlicher Ebene leicht im politischen Aufwind befinden.

Mit der Übernahme des Gouverneurspostens in Montana durch Greg Gianforte wechselte das politische System in diesem Bundesstaat von einem „Divided“ hin zu einem „Unified Government“, da auch beide Parlamentskammern von den Republikanern kontrolliert werden. Insgesamt kontrollieren die Republikaner nun in 27 von insgesamt 50 Bundesstaaten die Gouverneursposten.

7. Die Biden-Administration: Führungspersonal mit vielen Vertrauten und ehemaligen Obama-Regierungsmitgliedern

Unbeachtet der politischen Auseinandersetzung um die Präsidentschaftswahlen 2020 mit den von Präsident Trump und seinem Team nicht haltbaren Wahlbetrugsvorwürfen (siehe dazu Punkt 3) und der Corona-Pandemie (siehe Punkt 2) hat Joseph Robinette „Joe“ Biden, Jr. noch als *President-elect* weite Teile seines Führungspersonals und wichtige Nominierungen für Kabinettsposten bekannt gegeben. Die schnellen Entscheidungen sollten vor allem im Zuge der Tiraden Trumps gegenüber der Öffentlichkeit für Stabilität und Vorhersehbarkeit sorgen.

In der Transitionsphase, der Zeit zwischen der Wahl und dem Amtsantritt mit der Inauguration auf den Stufen des Kapitols am 20. Januar, musste dieser die Besetzung von mehr als 4.000 Führungspositionen einleiten, um politisch handlungsfähig zu sein.

Mit Ausnahme der persönlichen Berater des Präsidenten bedürfen alle Kandidat*innen laut Artikel 2, Absatz 2 der US-Verfassung von 1787 der Zustimmung des Senats („appointment“). Aufgrund der Änderung der Geschäftsordnung des Senats im November 2013 sind jedoch alle Ernennungsvorschläge von einem Filibuster ausgenommen und können mit einfacher Mehrheit bestätigt werden.

Die demokratische Mehrheit im Senat unter Führung von Harry Reid (Nevada) hatte diese Änderung durchgesetzt, um die Obstruktionspraxis der republikanischen Opposition einzuschränken (siehe Congress Report, Jahrgang 28, 2013, Heft 10-12, S. 7). Mit den Zugewinnen der Demokraten in den *Special Elections* vom 6. Januar in Georgia (vgl. auch Punkt 5) kann sich Biden auf eine knappe demokratische Mehrheit bei seinen Nominierungen stützen.

Die bereits vom Senat bestätigten und potentielle Minister*innen sind:

- *State*: Antony Blinken, vormals *Deputy National Security Advisor* von 2013 bis 2015 und *Deputy Secretary of State* von 2015 bis 2017 während der Präsidentschaft Obamas;
- *Justice*: Bundesrichter a.D. Merrick Brian Garland, *Chief Justice* am *United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit* zwischen 2013-2020;
- *Defense*: General a.D. Lloyd L. Austin III., Oberbefehlshaber des *United States Central Command*, 2013-2016 und Vier-Sterne-General der U.S. Army;
- *Treasury*: Janet Yellen, ehemals Präsidentin der Zentralbank (*Federal Reserve, FED*), 2014-2018;
- *Homeland Security*: Alejandro Mayorkas, vormals *Deputy Secretary der Homeland Security* während Obamas zweiter Amtszeit;

- *Education*: Miguel Cardona, *Commissioner* für das Erziehungswesen und die Bildung im Bundesstaat Connecticut;
- *Energy*: Jennifer Granholm, Gouverneurin a.D. des Bundestaates Michigan;
- *Transportation*: Pete Buttigieg, Bürgermeister von South Bend (Illinois) und demokratischer Mitbewerber um die Präsidentschaftskandidatur 2020;
- *Labor*: Marty Walsh, Bürgermeister von Boston (Massachusetts);
- *Commerce*: Gina Raimondo, Gouverneurin von Rhode Island;
- *Health and Human Services*: Xavier Becerra, *Attorney General* des Bundesstaates Kalifornien;
- *Housing and Urban Development*: Marcia Fudge, demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses aus Ohio;
- *Interior*: Representative Deb Haaland, demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses aus New Mexiko seit 2019;
- *Agriculture*: Tom Vilsack, Gouverneur a.D. Iowas und bereits unter Obama acht Jahre Landwirtschaftsminister;
- *Veterans Affairs*: Denis McDonough, *White House Chief of Staff* während Obamas zweiter Amtszeit.

Die Kandidat*innen für die wichtigsten Bundesbehörden und die UN-Vertretung sind:

- *Director of National Intelligence*: Avril Haines, stellvertretende CIA-Direktorin und *Principal Deputy National Security Advisor* unter Obama;
- *CIA-Director*: William J. Burns, Präsident des renommierten *Think Tank Carnegie Endowment for International Peace*, Botschafter a.D. und *United States Deputy Secretary of State* zwischen 2011 und 2014;
- *Ambassador to the United Nations*: Linda Thomas-Greenfield, Karrierediplomatin a.D. und zuletzt Direktorin des *Bureau of African Affairs* unter Obama;
- *Environmental Protection Agency (EPA)-Administrator*: Michael Regan, Leiter des *Department of Environmental Quality* in North Carolina;
- *White House Office of Management and Budget (OMB)*: Neera Tanden, Präsidentin des *Center for American Progress*;

- *Small Business Administration (SBA)*: Isabel Guzman, Direktorin des *Office of the Small Business Advocate* in Kalifornien und bereits Mitarbeiterin der SBA unter Obama;
- *Surgeon General*: Dr. Vivek Murthy, Surgeon General a.D. unter Präsident Obama;
- *Centers for Disease Control and Prevention*: Dr. Rochelle Walensky, Leiterin des Zentrums für Infektionskrankheiten am *Massachusetts General Hospital* und Professorin an der *Harvard Medical School*.

Für die zentralen Mitarbeiter*innenpositionen des Präsidenten im Weißen Haus („Executive Office of the President“) wurden benannt:

- *Chief of Staff*: Ron Klain, führender Wahlkampfberater Bidens und bereits *Chief of Staff* Bidens während dessen Amtszeit als Vizepräsident;
- *Senior Policy Advisor*: Mike Donilon, Chefstrategie Bidens während des Präsidentschaftswahlkampfes 2020;
- *Chief Strategist*: Steve Ricchetti, Bidens zweiter *Chief of Staff* während dessen Vizepräsidentschaft unter Obama;
- *National Security Advisor*: Jake Sullivan, Sicherheitsberater Bidens während dessen Vizepräsidentschaft unter Obama und einer der Unterhändler des Iran-Deals („JCPOA“) 2015;
- *Coordinator of the COVID-19 Response*: Jeff Zients, Unternehmer und ehemaliger Wirtschaftsberater Barack Obamas;
- *National Economic Council Director*: Brian Deese, *Deputy Director* des *National Economic Council* unter Obama;
- *Director of the Domestic Policy Council*: Susan Rice, UN-Botschafterin a.D. von 2009 bis 2013 und nationale Sicherheitsberaterin Obamas 2013-2017;
- *Special Presidential Envoy for Climate*: John Kerry, Außenminister a.D. während Obamas zweiter Amtszeit und vormals Senator Massachusetts;
- *Director, Office of Legislative Affairs*: Louisa Terrell, Bidens *Deputy Chief of Staff* als Senator des Bundesstaates Delaware;
- *Communications Director*: Kate Bedingfield, Kommunikationsdirektorin Bidens während dessen Vizepräsidentschaft unter Obama;

- *Press Secretary*: Jen Psaki, Kommunikationsdirektorin des Außenministeriums während der Präsidentschaft Obamas.

Das Personaltableau steht ganz für die Agenda Präsident Bidens „Build Back Better“ und „Renew American Leadership“. Mit vielen ehemaligen Regierungsoffiziellen, insbesondere der zweiten Reihe, und Obama/Biden-Vertrauten setzt Präsident Biden auf ein erfahrenes Team, besonders im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik, wo der 46. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika eine Rückkehr der USA zu einer wertebasierten Weltführungsrolle verspricht. Sichtbar wird das durch die prominenten Comebacks von John Kerry, Susan Rice, Antony Blinken, William Burns oder Denis McDonough. Neben diesem Signal repräsentiert das Führungspersonal aber auch eine sorgfältige Ausbalancierung hinsichtlich der Diversitätsforderungen, vor allem des linken Flügels der demokratischen Partei, und dem moderaten Partei-Establishment. Biden hat sein Führungspersonal denn auch als „the most diverse in history“ bezeichnet.

Politisch spannend waren in der *Biden Transition* vor allem die Besetzung der Posten des Verteidigungs-, Außen- und Justizministers sowie des CIA-Direktors. Der seit 2016 pensionierte General Lloyd Austin übernimmt als erster Afro-Amerikaner das wichtige Verteidigungsministerium und damit die administrative Führung des US-Militärs. An Austins militärischen und diplomatischen Qualitäten scheint es keine Zweifel zu geben. Als Kommandeur der Koalitionstruppen im Irak handelte Austin nicht nur das Ende der Operation „Iraqi Freedom“ aus, sondern koordinierte auch den Abzug der knapp 150.000 US-Soldat*innen nach dem offiziellen Ende des Irakkrieges 2011. Mit dem Präsidenten verbindet Austin schon lange eine enge Vertrautheit.

Die Nominierung eines ehemaligen Militärs für den „top civilian post“ im Pentagon war zunächst aber kontrovers. Der *National Security Act* von 1947 (61 STAT. 496) verlangt eine vom Kongress verabschiedete Ausnahmeregelung („Waiver“) für die Ernennung ehemaliger Militärs zum Verteidigungsminister, wenn deren Dienstzeit weniger als sieben Jahre zurückliegt. Die feinmaschige Trennung zwischen militärischem Dienstrang und der zivilen politischen Kontrolle ist auch ein Primat der US-Verfassung. Zunächst weist die Verfassung in Artikel I, Abschnitt 8 dem Kongress das Recht zu, den Krieg zu erklären. Die Kommandogewalt über das Militär wird wiederum ausdrücklich in Artikel 2, Abschnitt 2 dem Präsidenten als „Commander-in-Chief“ zugewiesen. Die Furcht der Verfassungsarchitekten vor einer militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik äußerte sich bereits in der *Declaration of Independence* von 1776, wo es heißt: „He [King George III] has affected to render the Military independent of and superior to the Civil power“.

Nach den turbulenten vier Jahren der Präsidentschaft Donald Trumps wünschen vor allem demokratische Senator*innen eine stärkere zivile Kontrolle innerhalb des Defense Department. Diese habe im Zuge der gewaltsamen Räumung des *Lafayette Park* vor dem Weißen Haus durch die Nationalgarde im Sommer 2020 oder nach Trumps Androhung eines Militäreinsatzes gegen Proteste der *Black Lives Matter*-Bewegung mit Verweis auf den *Insurrection Act* of 1807 gelitten, wie führende Demokraten vor Beginn

der *Confirmation Hearings* im Streitkräfteausschuss kritisieren. Es geht aber auch um die Aufhebung der von Trump wieder eingeführten „Don’t ask, don’t tell“-Politik und des „Transgender Ban“, der es Armeeangehörigen in Streitkräften erlaubt, sich zu ihrer sexuellen Orientierung zu bekennen.

Bereits 2017 mussten beide Kammern des Kongresses einen Waiver für General a.D. James Mattis ausstellen, der Ende 2018 öffentlich Kritik an Trump übte und im Zuge des Streits um den abrupten Abzug amerikanischer Truppen aus Syrien zurücktrat. Gegen den „Waiver“ für Mattis stimmten im Senat bei den Demokraten Corey Booker (New Jersey), Elizabeth Warren (Massachusetts), Tammy Duckworth (Illinois) und der Parteilose Bernie Sanders (Vermont).

Zurückhaltend mit Blick auf Austin äußerte sich der neue Vorsitzende des Senate Armed Services Committee, Jack Reed (D-Rhode Island). „As I have stated in the past, civilian control of the military is a hallmark of our Constitution and democratic system“, gab Reed in einem Statement bekannt, um gleichzeitig faire und gründliche Anhörungen Austins in Aussicht zu stellen.

Deutliche Kritik an der Nominierung übte die demokratische Abgeordnete Elissa Slotkin (Michigan) und gab zu Protokoll, dass „choosing another recently retired general to serve in a role that is designed for a civilian just feels off“. Präsident Biden sah sich so schon vor Amtsbeginn unter Druck gesetzt, in einem Leitartikel für „The Atlantic“ seine Nominierung Austins zu verteidigen: „The fact is, Austin’s many strengths and his intimate knowledge of the Department of Defense and our government are uniquely matched to the challenges and crises we face. He is the person we need in this moment“, so Biden. Allerdings lobten im Vorfeld führende Republikaner um Senator Lindsey Graham (R-South Carolina) oder Mitt Romney (R-Utah) die Nominierung Austins und stellten eine überparteiliche Zustimmung in Aussicht.

In den Confirmation Hearings des Streitkräfteausschusses am 19. Januar 2021 konnte General Austin die Zweifel an seiner Nominierung erfolgreich zerstreuen. Nicht nur bekräftigte er die Rolle des Kongresses als Kontrollinstanz, sondern versprach auch eine Führungsriege bestehend aus Zivilexperten: „So, if confirmed, you can expect me to empower my civilian staff. Indeed, I plan to include the Under Secretary of Defense for Policy in top decision-making meetings ensuring strategic and operational decisions are informed by policy“, so Austin.

Zugleich erneuerte Austin die Bereitschaft zugunsten der Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo zu arbeiten, dass dem Verteidigungsminister unterstellt ist und in dem nach wie vor 40 Gefangene (*Detainees*) interniert sind – zum Teil seit knapp 20 Jahren ohne Anklage. Die Anhörungen sind einzusehen unter: <https://www.armed-services.senate.gov/hearings/21-01-19-nomination>.

Beide Kammern des Kongresses machten folglich am 21. Januar 2021 den Weg frei für eine Ausnahmeregelung („Waiver“). Während das Repräsentantenhaus den *Waiver* mit

326:78 Stimmen annahm, folgte der Senat mit 69:27 Stimmen. Der Senat bestätigte dann Austins Nominierung einen Tag später nahezu einstimmig mit 93:2 Stimmen.

Mit Antony Blinken hat Präsident Biden einen erfahrenen Karrierediplomaten für die Leitung des Außenministeriums ausgesucht, um dessen Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik nach vier Jahren radikaler Budgetkürzungen, Abbau diplomatischen Personals und Politisierung in der Amtszeit Mike Pompeos zu stärken. Ein Bericht des *Office of the Inspector General* (OIG) aus dem Jahre 2019 stellte diesbezüglich fest, dass die Arbeitsbelastungen im Außenministerium während der Trump Präsidentschaft „pervasiv“ waren und „programs and operations domestically and overseas and across functional areas and geographic regions“ beeinträchtigt hätten (S. 20). Weiter heißt es mit Blick auf den „hiring freeze“ seit 2017: „Employees told OIG that the hiring freeze contributed to excessive workloads, and the lack of transparency about the objectives intended to be achieved by the hiring freeze caused some to be concerned about losing their jobs“ (S. 22). Der Bericht ist einzusehen unter: https://www.stateoig.gov/system/files/fy_2019_ig_statement_on_department_management_challenges_0.pdf.

Der neue Vorsitzende des Senate Foreign Relations Committee Bob Menendez (New Jersey) lobte Blinken als „the right person to repair and restore our alliances [and] to reinvigorate the relationship between the State Department and Congress“. Republikaner um Marco Rubio (R-Florida) formulierten zwar scharfe Fragen in den *Confirmation Hearings*, besonders mit Blick auf Blinkens deutlicher Kritik an der einseitigen Aufkündigung des Iran-Deals durch Präsident Bidens Amtsvorgänger. Der Senat bestätigte aber Blinken als neuen Außenminister am 26. Januar 2021 mit deutlicher Mehrheit (78:22 Stimmen).

Mit William J. Burns Nominierung zum neuen CIA-Direktor hat Präsident Biden durchaus überrascht. Burns weist im Vergleich zu seinen Vorgängern John Brennan (2013-2017) oder Gina Haspel (2018-2021) keinen „CIA Stallgeruch“ auf. Stattdessen gilt er ähnlich wie Blinken als erfahrener und inhaltlich herausragender Diplomat. Als Botschafter in Russland (2005-2008) und Jordanien (1998-2001) und in seiner Rolle als *Deputy Secretary of State* (2011-2014) kann Burns auf eine lange Karriere unter drei Präsidentschaften zurückblicken, mit Expertisen im Bereich der Rüstungskontrolle und Nonproliferation und dem Nahen und Mittleren Osten. So war es Burns, der 2013 in einer geheimen Mission Gespräche mit der iranischen Führung aufnahm, die 2015 letztlich zum Atom-Deal mit dem Iran führten.

Der politische Wille, der CIA nach Jahren der Führung durch Gina Haspel und der Kontroverse um den Umgang der CIA mit der Aufarbeitung des Folterprogrammes zwischen 2001-2009 und ihrer Rolle im Drohnenkrieg eine „externe“ Kontrolle zu geben, spricht für die Burns-Nominierung.

Lange Zeit galt Michael J. Morell, *Deputy Director* in der Ära Obama und derzeit *Senior Fellow* an der *George Mason University*, als Favorit für den Posten. Die Gerüchte feuerten aber Widerstand unter demokratischen Senatoren wie Ron Wyden (Oregon), der eine mögliche Berücksichtigung Morells als „non-starter“ bezeichnete mit Blick auf

dessen kritische Äußerungen über den Folterbericht des US-Senates aus dem Jahre 2014 (vgl. Congress Report 29, 2015, Heft 11-12, S. 8-13 und Congress Report, 33, 2019, Heft 5-8, S. 12-15).

Avril Haines, deren Nominierung zum Director of National Intelligence bereits am 19. Januar 2021 vom Senat mit 84:10 Stimmen bestätigt wurde, bewertete in den Senatsanhörungen die sogenannten „Enhanced Interrogation Methods“ der CIA als Verletzung amerikanischer Werte und Grundrechte und versprach mit Blick auf Drohnenangriffe eine regelmäßige Berichterstattung über getötete Kombattanten und Zivilisten. Die Statements sind einzusehen unter: <https://www.intelligence.senate.gov/sites/default/files/documents/aphq-ahaines-011921.pdf>.

So ist die Nominierung Burns ein vorsichtiges Zeichen für einen Wandel in der CIA. In einem eigens produzierten Video am Tag der Verkündung der Burns-Personalie lobte Biden ausdrücklich Burns Vita: „Ambassador Burns will bring the knowledge, judgment, and perspective we need to prevent and confront threats before they can reach our shores," so Biden, der hinzufügte: „The American people will sleep soundly with him as our next CIA Director“.

Das Amt des Justizministers wird aller Voraussicht nach Bundesrichter a.D. Merrick B. Garland begleiten. Bereits 2016 war Garland nach dem Tod des Richters am Obersten Gerichtshof, Antonin Scalia, von Präsident Obama für den Obersten Gerichtshof nominiert worden. Der damalige Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell (R-Kentucky), verweigerte aber eine Anhörung mit Verweis auf die Präsidentschaftswahlen 2016, wohl auch, um den Posten für einen konservativen Kandidaten zu reservieren, was dann 2017 mit der Bestätigung Neil Gorsuchs auch geschah.

Biden zeigte sich optimistisch mit Garland die Integrität und Unabhängigkeit des Justizministeriums wiederherstellen zu können: „Your loyalty is not to me“, so Biden zu Garland: „it’s to the law, to the Constitution, to the people of this nation“ – ein Verweis auf die Politisierung unter William P. Barr bei der Handhabung des Amtsenthebungsverfahrens gegen Donald Trump und den Umgang mit der Polizeigewalt nach der Ermordung George Floyds.

Garland gilt als brillanter Jurist, der auch überparteiliches Ansehen genießt. So pries auch Senator Lindsey Graham (R-South Carolina), der führende Republikaner im Justizausschuss, die Garland-Personalie als „a sound choice“. Nationales Renommee erwarb sich Garland erstmals bei der strafrechtlichen Untersuchung und Verurteilung des „Oklahoma City bombers“.

Zwischenzeitlich hat der Senat die Nominierungen Janet Yellens als Finanzministerin (84:15 Stimmen), Alejandro Mayorkas als Heimatschutzministerin (56:43 Stimmen), Denis McDonoughs als Veteranenminister (87:7 Stimmen) und Pete Buttigiegs als Verkehrsminister (86:13 Stimmen) bestätigt.

8. Veto Donald Trumps gegen das Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2021 überstimmt

Der Kongress hat kurz vor dem Ende seiner 116. Legislaturperiode am 3. Januar 2021 mit der Unterstützung von Demokraten und Republikanern ein präsidentielles Veto gegen das Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2021 (*National Defense Authorization Act (NDDA) for Fiscal Year 2021, House Resolution 6395*) mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit überstimmt.

Der Senat überstimmt das Veto des am 3. November 2020 abgewählten 45. Präsidenten der USA, Donald Trump (vgl. auch Punkt 3), am 1. Januar 2021 mit 81:13, das Repräsentantenhaus am 28. Dezember 2020 mit 322:87 Stimmen. Das Verteidigungsgenehmigungsgesetz für das Haushaltsjahr 2021, das am 30. September 2021 endet, erlangte damit Gesetzeskraft (*Public Law 116-283*). Es umfasst 1474 Seiten.

Trump hatte gegen die Gesetzesvorlage am 23. Dezember 2020 sein Veto eingelegt, also nur wenige Wochen vor seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt am 20. Januar 2021. Er hatte darauf spekuliert, dass es die Republikaner in beiden Kammern des Kongresses nicht wagen würden, sich politisch gegen ihn zu stellen.

Trotz seiner Wahlniederlage gegenüber Joe Biden am 3. November, die Trump bis zu seinem Ausscheiden gelehnet und stattdessen immer wieder als „Wahlbetrug“ bezeichnet hatte („Stop the Steal“), wähnte er sich mit mehr als 74,2 Mio. erzielten Wählerstimmen nach wie vor als machtvoll genug, um den Republikanern im Kongress seinen politischen Willen aufzuzwingen. Dieses Kalkül ging allerdings weder im Senat noch im Repräsentantenhaus auf. Erstmals in Trumps vierjähriger Amtszeit überstimmt der Kongress ein Veto des 45. Präsidenten der USA.

Im Repräsentantenhaus verweigerten 109 Mitglieder der republikanischen Minderheitsfraktion ihrem (abgewählten) Präsidenten am 28. Dezember die Gefolgschaft und stimmten zusammen mit 212 Demokraten und einem Parteilosen für Annahme der National Defense Authorization for Fiscal Year 2021. Lediglich 66 Republikaner und 20 Demokraten unterstützten Trumps präsidentielles Veto.

Im Senat stimmten vier Tage später am 1. Januar 2021 40 Mitglieder der damaligen republikanischen Mehrheitsfraktion unter Führung von *Majority Leader* Mitch McConnell (R-Kentucky) mit 40 Demokraten und einem Parteilosen, Angus King (Maine), gegen Trump und für die Annahme des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes 2021. Trumps Position fand hier nur die Unterstützung von sieben Republikanern, fünf Demokraten und einem Parteilosen.

Trump hatte sein Veto am 23. Dezember 2020 (<https://www.miragenews.com/presidential-veto-message-to-house-of-representatives-for-hr-6395/>) unter anderem damit begründet, dass die Gesetzesvorlage das Verteidigungsministerium dazu verpflichten würde, die Namensgebung militärischer Einrichtungen, die die Namen von Südstaaten-

Generälen aus dem amerikanischen Bürgerkrieg tragen, zu ändern. „I have been clear in my opposition to politically motivated attempts to wash away history“, so Trump, „and to dishonor the immense progress our country has fought for in realizing our founding principles“.

Auch begründete Trump sein präsidentielles Veto mit Blick auf seine Außenpolitik, insbesondere seine Bemühungen, „endlose Kriege“ zu beenden. „I oppose endless wars, as does the American public. Over bipartisan objections, however, this Act purports to restrict the President’s ability to withdraw troops from Afghanistan, Germany, and South Korea“, erklärte Trump und fügte hinzu: „Not only is this bad policy, but it is unconstitutional“.

Gemeint war unter anderem der geplante Abzug von bis zu 12.000 amerikanischen Soldat*innen aus Deutschland, dem der Kongress nicht zu folgen bereit war (vgl. auch Congress Report, 35, 2020, Heft 6-8, S. 21 ff.). In diesem Zusammenhang heißt es in Abschnitt 1245 der „National Defense Authorization 2021“, die am 1. Januar 2021 Gesetzeskraft erlangt hat:

„It is the sense of Congress that — (1) the Federal Republic of Germany continues to be a strong ally within the North Atlantic Treaty Organization (NATO) and a critical ally of the United States; (2) the presence of the United States Armed Forces in Germany serves as a strong deterrent to Russian Federation military aggression and expansion in Europe and as an essential support platform for carrying out vital national security engagements in the Middle East, Africa, and Afghanistan; (3) the presence of approximately 34,500 members of the United States Armed Forces deployed to Germany, and the ability to increase that level as necessary in response to global security challenges, is essential to supporting NATO’s operations and its collective deterrence against threats; (4) *reducing the number of members of the United States Armed Forces in Germany during a time of growing threats in Europe would constitute a grave strategic mistake that would undermine United States national security interests and weaken NATO*“ (Hervorhebung durch die Redaktion).

Einen Truppenabzug aus Deutschland unter die Zahl von 34.500 Soldat*innen knüpft der Kongress an eine detaillierte, 12 Punkte umfassende Vorab-Begründung durch das Verteidigungsministerium, der sich eine Frist von 120 Tagen anschließen würde, bevor ein Truppenabzug vollzogen werden könnte. Trumps Nachfolger im Präsidentenamt, Joe Biden, hat kurz nach seiner Amtseinführung Anfang Februar 2021 angekündigt, dass er Trumps Truppenabzugspläne im Rahmen eines „Global Force Posture Review“ überprüfen wird.

Mit Blick auf den von der Trump-Administration nach dem Friedensabkommen mit den Taliban im Februar 2020 (vgl. Congress Report, 35, 2020, Heft 1-5, S. 28 ff.) zugesicherten vollständigen Truppenabzug der USA aus Afghanistan bis zum Mai 2021, verfügte der Kongress im Rahmen der *National Defense Authorization (NDAA) 2021* in

Abschnitt 1215, dass die amerikanischen Truppenkontingente im laufenden Haushaltsjahr bis zum 30.9.2021 in Afghanistan nicht unter 4.000, beziehungsweise 2.000 Soldat*innen verringert werden dürfen. Wörtlich heißt es in der NDAA:

- „none of the amounts authorized to be appropriated for fiscal year 2020 or 2021 for the Department of Defense may be obligated or expended for any activity having either of the following effects: (1) Reducing the total number of Armed Forces deployed to Afghanistan below the lesser of— (A) 4,000; or (B) the total number of the Armed Forces deployed as of the date of the enactment of this Act. (2) Reducing the total number of Armed Forces deployed to Afghanistan below 2,000“.

Die Trump-Administration hatte im Jahr 2020 die Verringerung der amerikanischen Streitkräfte in Afghanistan, wo die USA seit 2001 Krieg führen, von 8.600 auf etwa 5.000 im November verfügt und den vollständigen Rückzug mit den Taliban ausgehandelt, was im Kongress auf erhebliche überparteiliche Kritik gestoßen war, da sich die Taliban nicht an ihre Verpflichtungen im Rahmen des Friedensabkommens gehalten und ihre Angriffe auf die afghanischen Streitkräfte intensiviert hatten.

Zur aktuellen Situation in Afghanistan hat der Lead Inspector General (Lead IG) Ende September 2020 einen sehr lesenswerten Quartalsbericht an den Kongress zur Operation Freedom's Sentinel (OFS) vorgelegt. Er wurde am 17. November 2020 veröffentlicht und umfasst 75 Seiten. Wörtlich formuliert Sean W. O'Donnell in seiner Funktion als Acting Inspector General des U.S. Department of Defense: „It is unclear at this point whether the Taliban is upholding its commitments. While the Taliban has generally honored its obligation to cease attacks against U.S. forces and interests in Afghanistan, it is difficult to discern the extent to which it is meeting the requirement that Afghanistan not serve as a haven for terrorists who threaten the United States. Furthermore, the Taliban has escalated its attacks on Afghan forces, which threatens to derail the peace process between the Taliban and the Afghan government that began this quarter“. Der Bericht kann eingesehen werden unter: <https://media.defense.gov/2020/Nov/17/2002536762/-1/-1/1/LEAD%20INSPECTOR%20GENERAL%20FOR%20OPERATION%20FREEDOM'S%20SENTINEL.PDF>.

Im Zusammenhang mit dem Open Skies-Vertrag, den die Trump-Administration im Mai 2020 mit Verweis auf fortgesetzte Spionageaktivitäten Russlands im Rahmen des Vertragswerks aufgekündigt hatte (vgl. Congress Report, 35, 2020, Heft 6-8, S. 17 ff.), hält die Legislative in Abschnitt 1232 des National Defense Authorization Act 2021 fest, dass die

- Entscheidung der Vertragsaufkündigung nach Artikel 15, Abschnitt 2 des Vertrages nicht den gesetzlichen Vorgaben des National Defense Authorization Act des Vorjahres 2020 (133 Stat. 1648; 22 U.S.C. 2593a note) entspricht, wonach der Kongress mindestens 120 Tage vor einer solchen Entscheidung durch die Exekutive vorab zu informieren ist.

Das Verteidigungsministerium wird dazu verpflichtet, dem Kongress spätestens bis zum 1. März 2021 in Verbindung mit dem *Director of National Intelligence* einen Bericht über die Folgen eines Austritts der USA auf dem *Open Skies*-Vertrag vorzulegen.

Der Vertrag wurde 1992 unterzeichnet und trat 2002 in Kraft. Zu den derzeit 34 Vertragsstaaten zählen neben den USA und Russland auch fast alle NATO-Mitgliedsstaaten. Er erlaubt pro Jahr bis zu 42 Beobachtungs- und Aufklärungsflüge über den Staatsgebieten der Vertragsparteien zwischen Vancouver und Wladiwostok, wobei zwischenzeitlich mehr als 1.500 solcher Beobachtungsflüge von den Vertragsparteien durchgeführt wurden. Ziel ist die Vertrauensbildung im Bereich der Rüstungsanstrengungen der Vertragsstaaten und damit die Erhöhung der militärischen Sicherheit.

Im Zusammenhang mit der strategischen nuklearen Abschreckungsfähigkeit der USA unterstreicht der Kongress die Bedeutung landgestützter Interkontinentalraketen (*Intercontinental Ballistic Missiles*, ICBMs). In Abschnitt 1502 des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes 2021 verfügt er, dass die Zahl von 400 ICBMs nicht unterschritten werden darf.

Die USA halten nach Angaben des *Center for Arms Control and Non-Proliferation* derzeit 400 Minuteman III (LGM-30G) ICBMs in Raketensilos in den Bundesstaaten Montana, North Dakota, Wyoming, Nebraska und Colorado einsatzbereit. Jede diese Interkontinentalraketen ist mit einem nuklearen Gefechtskopf bestückt (W87 oder W78). Die Air Force möchte diese Raketen, die einer umfangreichen (2015 abgeschlossenen) Modernisierung unterzogen wurden, durch einen neuen Raketentyp (*Ground-Based Strategic Deterrent*, GBSD) ersetzen. Für dieses Modernisierungsprogramm sind Kosten von 100 Mrd. US-Dollar genannt worden.

Kritiker*innen haben darauf hingewiesen, dass die USA sehr wohl auf landgestützte Interkontinentalraketen verzichten könnten, ohne dass dadurch die nukleare Abschreckungsfähigkeit der USA berührt würde. Neben den ICBMs verfügen die USA derzeit über 66 einsatzbereite B-2- und B-52-Bomber, die jeweils 16 Atombomben (B-2), beziehungsweise 20 nukleare Marschflugkörper (B-52) tragen können. Hinzu kommen 14 im Einsatz befindliche Atom-U-Boote der *Ohio*-Klasse, die jeweils bis zu 20 Trident II D-5 Langstreckenraketen mit jeweils bis zu 8 nuklearen Gefechtsköpfen (W76-1 oder W88) mitführen.

In der Auseinandersetzung um die Schließung des kontroversen Gefangenenlagers in der U.S. Naval Station Guantanamo Bay, wo derzeit noch 40 sogenannte „High Value Detainees“, 31 davon zum Teil schon seit fast zwei Jahrzehnten ohne Verfahren, festgehalten werden, unterstreicht der Kongress im Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2021 seine seit mehr als einem Jahrzehnt vertretenen Positionen. Danach dürfen im laufenden Haushaltsjahr keine Mittel zur Freilassung der Gefangenen oder deren Überstellung in ein Hochsicherheitsgefängnis in den USA eingesetzt werden (Abschnitt 1041). Auch

eine Schließung der Einrichtung bleibt dem Verteidigungsministerium untersagt (Abschnitt 1044), ebenso wie die Überstellung von *Detainees* aus *Guantanamo Bay* in Drittländer (Abschnitt 1043).

Die verbliebenen Gefangenen in den „Camps, 5, 6 und 7“ werden von etwa 1.500 Soldat*innen bewacht, wobei die Internierungskosten derzeit bei etwa 13 Mio. US-Dollar pro Detainee liegen. Präsident Joe Biden hat angedeutet, dass er das Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* auflösen möchte. Allerdings dürfte ihm bewusst sein, dass Präsident Barack Obama während seiner achtjährigen Amtszeit (2009-2017) genau dabei wieder und wieder am überparteilichen Widerstand des Kongresses scheiterte, der ihm ein ums andere Mal mit Verweis auf seine verfassungsrechtliche Budgethoheit („power of the purse“) die Haushaltsmittel dafür verweigerte.

9. Auswärtiger Ausschuss im Senat legt umfassenden Bericht für eine zukünftige gemeinsame Chinapolitik mit Europa vor

Das *Senate Foreign Relations Committee* unter Führung seines scheidenden Vorsitzenden Jim E. Risch (R-Idaho) hat am 18. November 2020 einen umfassenden Bericht mit dem Titel „The United States and Europe: A Concrete Agenda for Transatlantic Cooperation on China“ vorgelegt, der politische Empfehlungen für eine künftige transatlantische Chinapolitik gibt.

Im Rahmen einer virtuellen Konferenz mit David McAllister, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, und Tom Tugendhat, Vorsitzender des *Foreign Affairs Committee* im britischen Unterhaus, stellte Risch die Ergebnisse des Berichtes vor. Der 124 Seiten umfassende Bericht ist einzusehen unter: [https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/SFRC%20Majority%20China-Europe%20Report%20FINAL%20\(P&G\).pdf](https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/SFRC%20Majority%20China-Europe%20Report%20FINAL%20(P&G).pdf).

In seinem Eröffnungsstatement bemühte Chairman Risch nicht nur das auf gemeinsame demokratische Werte basierende transatlantische Band, sondern identifizierte als „systemic rival“ mit Blick auf diese Werte die Volksrepublik China: „Today, the most consequential challenge to these shared interests and values is the People’s Republic of China, led by the Chinese Communist Party“, so Risch. Weiter führte er aus: „China aims to undermine the fundamental security and integrity of our democratic societies through malign influence in our media, education systems, international organizations, and even local governments. Its ecosystem of anti-competitive economic policies hurts U.S. and European businesses, and risks the prosperity created by market-driven growth. At the same time, the People’s Liberation Army is aggressively expanding its power to become a global force, co-opting China’s overseas commercial activity for military purposes, and coercing its neighbors into doing its bidding“. Das *Statement* ist einzusehen unter: <https://www.foreign.senate.gov/press/chair/release/icymi-chairman-risch-discusses-greater-transatlantic-cooperation-on-china-with-eu-uk-parliamentarians>

Eine Stellungnahme der demokratischen Minderheit vom 21. Oktober 2020 unter Führung des damaligen *Ranking Member* und Vorsitzenden des Auswärtigen Senatsausschusses Bob Menendez (D-New Jersey) macht für die Stärkung Chinas vor allem die Unilateralisierung und den damit verbundenen rüden Umgang mit europäischen Verbündeten verantwortlich. Die Aussagen tragen den Titel „The Cost of Trump’s Foreign Policy: Damage and Consequences for U.S. and Global Security“, umfassen 74 Seiten und können eingesehen werden unter: <https://www.foreign.senate.gov/imo/media/doc/The%20Cost%20of%20Trump's%20Foreign%20Policy%20--%20SFRC%20Democratic%20Report%20Oct.%2020201.pdf>

Dabei werden Mitarbeiter*innen des *State Department* anonym zitiert, die zu Protokoll gegeben haben, dass der außenpolitische Kurs Präsident Trumps „have (...) limited our ability to promote or influence democracy“ (S. 6). Die einseitige Aufkündigung des Pariser Abkommens, des JCPOA und die Krise der transatlantischen Beziehungen habe zudem eine mit Europa gemeinsam vorgetragene Wirtschafts- und Eindämmungspolitik gegenüber China und Russland verhindert: „For example, in Eastern Europe and the Balkans, long-standing Russian efforts to discredit democracy reinforce the effects of major infrastructure investments from China in cultivating potential partners. In offering no-strings-attached financial aid and weapons, both China and Russia dilute U.S. leverage to press for human rights and rule-of-law reform“, heißt es auf Seite 11 des Berichts. Mit Blick auf den Rückzug der Trump-Administration aus multilateralen Organisationen ist der Befund ebenso kritisch: „The Trump administration’s disdain for multilateral organizations has accelerated China’s efforts to gain leadership in key international institutions, moving them in a direction more favorable to Chinese interests“ (S. 50).

In den Bereichen Demokratie, internationale Institutionen, Handelsbeziehungen, Technologiesektor, Sicherheitspolitik und Chinas zunehmenden Einfluss in Afrika unterbreitet das *Senate Foreign Relations Committee* u.a. folgende Vorschläge:

- den universitären Austausch zwischen den USA und Europa weiter zu fördern („Collaborate on university and think tank codes of conducts designed to forestall undue foreign influence by authoritarian countries like the PRC“);
- auf höchster Regierungsebene eine regelmäßige Konferenz zur Diskussion transatlantischer Strategien zur Bekämpfung des Einflusses China auf die amerikanische und europäische Innenpolitik zu beginnen („Hold gatherings among government officials in the United States, Europe, and other democratic partners to discuss PRC authoritarian influence within their countries and ways to effectively push back“);
- eine transatlantische *Think Tank*-Allianz mit einem Fokus auf China zu gründen („continue to invest in and prioritize the development of independent China expertise“);

- die Unterorganisationen der Vereinten Nationen für die transatlantische Chinapolitik zu nutzen und miteinander zu verknüpfen („Adopt a ‘whole of United Nations (UN)-system’ approach in addressing policy issues at the UN“);
- die *World Trade Organization* zur Einhaltung fairer Wirtschafts- und Handelsstandards einzusetzen („Advance shared objectives at the World Trade Organization (WTO)“);
- vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie Chinas Bedeutung als Produktionsstandort zu minimieren, um Abhängigkeiten zu verringern („Consider working together to diversify some key supply chains away from China as a hedge against future trade disruptions, whether politically, economically, or naturally instigated“);
- im Rahmen der NATO alle Kommunikationssysteme und die Infrastruktur wie Glasfaserkabel auf ihre Belastbarkeit und den Schutz vor Angriffen zu überprüfen („Initiate NATO discussions on undersea cables and conduct exercises that test NATO preparedness for severe compromise of undersea cable systems“);
- bestehende transatlantische Streitigkeiten, wie z.B. den „Boeing-Airbus Streit“ zu lösen, um den Fokus auf China richten zu können („Fix the repairable issues in our own trading relationship so we can focus on the real challenge: China“).

Senator Jim Risch (R-Idaho) hatte 2019/2020, seit dem Ausscheiden seines Vorgängers als *Chairman* Bob Corker (R-Tennessee), den inhaltlichen Fokus des Ausschusses auf China ausgerichtet, nicht zuletzt deshalb, weil dort der Kongress nach wie vor auf Basis eines zwischenparteilichen strategischen Konsenses agiert. So verlieh Präsident Trump dem vom Kongress verabschiedeten *Hong Kong Human Rights and Democracy Act* (*Public Law* 116-76) am 27. November 2019 und dem *Uyghur Human Rights Policy Act* (*Public Law* 116-145) am 17. Juni 2020 mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft. Beide Entscheidungen untermauern den kritischen Kurs des Kongresses gegenüber der VR China.

Insbesondere in der Taiwan-Frage forderten zuletzt Experten um den Präsidenten des *Council on Foreign Relations*, Richard N. Haas, mehr „strategische Klarheit“ der USA. Gemeint sind die Sicherheitsgarantien gegenüber den 24 Millionen Einwohnern Taiwans, die ihre Unabhängigkeit vor dem Hintergrund der immer aggressiveren Rhetorik der kommunistischen Regierung in Beijing in Gefahr sehen. Zuletzt führte die Volksrepublik China erstmals seit 25 Jahren ein Militärmanöver trotz Protesten der taiwanesischen Regierung in Taipeh in der Meerenge von Taiwan durch.

Grundlage der amerikanisch-taiwanesischen Beziehungen ist der *United States-Taiwan Relations Act* (*Public Law* 96-8) aus dem Jahre 1979. Nachdem Präsident Jimmy Carter 1979 offiziell diplomatische Beziehungen mit der kommunistischen Volksrepublik China aufgenommen hatte, musste das Verhältnis zu Taiwan neu ausgemessen werden.

In Abschnitt 2(b) hielt der Kongress fest, dass „any effort to determine the future of Taiwan by other than peaceful means (...) [is] of grave concern to the United States“.

Um dieser Bestimmung Nachdruck zu verleihen, brachte eine Gruppe von republikanischen Abgeordneten um Ted Yoho (R-Florida) am 30. Juli 2020 den Taiwan Invasion Prevention Act (House Resolution 7855) ein. Diese Gesetzesinitiative sieht vor, den Präsidenten im Falle direkter militärischer Angriffe auf Taiwan oder der Okkupation taiwanesischer Gebiete dazu zu ermächtigen, „to use military force for the purpose of securing and defending Taiwan against armed attack, and for other purposes“. Nach der amerikanischen Verfassung von 1787 hat allein der Kongress das Recht Krieg zu erklären (Artikel I, 8). Dazu stellte Ted Yoho, *Ranking Member* im *Subcommittee on Asian Affairs*, fest, dass „the U.S. policy of strategic ambiguity towards Taiwan, initially implemented to avoid provoking Beijing to attack Taiwan and encourage peaceful relations, has clearly failed“. Die Vorlage würde dementsprechend „clarify and strengthen the commitment of the United States to defend Taiwan in the event of an armed attack“.

Inwiefern der Kongress in der 117. Legislaturperiode diese Vorlage weiter folgt, bleibt abzuwarten, würde sie doch dem neuen Präsidenten Joe Biden im Vorfeld eine Blankovollmacht für den Einsatz militärischer Streitkräfte zum Schutz von Taiwan ausstellen. Klar scheint, dass angesichts des breiten überparteilichen Konsenses im Umgang mit der VR China mit keiner Entspannung der amerikanisch-chinesischen Rivalität zu rechnen ist. In den demokratischen Vorwahlen bezeichnete Biden den chinesischen Präsidenten Xi Jinping als „thug“ und forderte China auf „to play by the rules“.

Die Redaktion des *Congress Report* beendet ihre USA-Analysen nach 35 Jahren mit dieser Ausgabe.

Begonnen haben wir unsere US-Analysen, die bis 2006 monatlich erschienen und danach vierteljährlich, im Jahr 1986, als Ronald Reagan der 40. Präsident der USA war und der Kongress sich in seiner 99. Sitzungsperiode befand.

Der *Congress Report* war dabei immer ein Produkt der universitären Beschäftigung mit Entscheidungen und Entscheidungsprozessen der Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika.

Zu seinen Redaktionsmitgliedern gehörten durchgängig Prof. Dr. Jürgen Wilzewski, der auch als Herausgeber fungierte, sowie Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel (1986-1994), Dr. Söhnke Schreyer (1999-2020), Dr. Lukas D. Herr und Dr. Marcus Müller (2018-2020).

Ziel war es, die fachwissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der politikwissenschaftlichen USA-Forschung in einer aktuellen Perspektive einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland zu erschließen. Wir hoffen, dass uns dies über alle dreieinhalb Jahrzehnte gelungen ist und bedanken uns für das Interesse unserer Leser*innen.

Aktuelle Publikationen der Politikwissenschaft der TU Kaiserslautern zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA

- [Müller, Marcus \(2020\): No Blank Check. Der US-Kongress, Präsident Obama und der Krieg gegen den internationalen Terrorismus, 2009–2017. Baden-Baden: Nomos.](#)

Abstract:

Welche Rolle spielte der US-Kongress im Krieg gegen den internationalen Terrorismus während der Präsidentschaft Obamas? Die außenpolitiktheoretische Studie weist die vorherrschende These einer willfährigen amerikanischen Legislative in der nationalen Sicherheitspolitik zurück und betont den Einfluss des Kongresses bei der Diskussion um die Schließung Guantánamos, den Drohnenkrieg oder der Reform der NSA-Überwachungsaktivitäten. Während die inhaltsanalytische und prozessuale Falldiskussion einerseits die Bedeutung von Kongress-Entrepreneuren zur Verteidigung der verfassungsrechtlichen Autorität des Kongresses gegenüber dem Präsidenten belegt, zeigt sie andererseits den institutionellen Schulterschluss der Fraktionsspitzen und Vorsitzenden der Fachausschüsse beider Kammern mit der Exekutive.



- [Herr, Lukas D. \(2021\): The President as Communicator-in-Chief. Präsidientielle Rhetorik, amerikanischer Exzeptionalismus und exekutiver Handlungsspielraum während des Kosovo-, Irak- und Libyen-Krieges. Baden-Baden: Nomos \(im Erscheinen\).](#)

Abstract

In der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik können Präsidenten beim Einsatz militärischer Gewalt zumeist auf einen vom Kongress nicht eingeschränkten Handlungsspielraum hoffen. Ausgehend von einer liberalen Theorieperspektive argumentiert die Studie, dass dafür auch eine am amerikanischen Exzeptionalismus ausgegerichtete Identitätsrhetorik des Präsidenten verantwortlich ist, die Kongressmitglieder rhetorisch in die Ecke drängen und Kritik unterdrücken kann. Eine qualitative Untersuchung der Interventionsdiskurse während der Interventionen im Kosovo 1999, dem Irak-Krieg ab 2003 und der Intervention in Libyen 2011 zeigt, dass Kongressmitglieder vom Gebrauch ihrer verfassungsrechtlichen Kriegsvollmachten zurückschrecken, wenn ihnen geeignete Vetomöglichkeiten fehlen.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion

Dr. Lukas D. Herr

Dr. Marcus Müller

Dr. Söhnke Schreyer

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Herausgeber

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Politikwissenschaft II

Technische Universität Kaiserslautern

Postfach 3049

67653 Kaiserslautern

[www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/
publikationen/congress-report/](http://www.sowi.uni-kl.de/politikwissenschaft/publikationen/congress-report/)